// Magazin für Lehrkräfte an Gemeinschafts- und Förderschulen // #01 // Juni 2019

WEITBLICK

Verband Reale Bildung
Landesverband Saarland e.V.

- Im Hamsterrad – Schule zwischen Überlastung und Anpassungsdruck
- VRB-Mitgliederversammlung 2019
- Offener Brief zur Einstellungspraxis neuer Lehrerinnen und Lehrer

INHALT

3 Editorial

4 Im Hamsterrad - Schule zwischen Überlastung und Anpassungsdruck

8 Reisekosten bei Klassenfahrten

10 Buchrezension

12 VRB Mitgliederversammlung

13 Infos für LAA und Referendare

14 Offener Brief zur Einstellungspraxis

16 Geht die Digitalisierung an den Senioren vorbei

19 dbb - Kompromiß geschafft

20 Stellungnahme VRB

21 Pressemitteilungen

30 Impressum

31 Mitgliedsantrag

EDITORIAL

Liebe Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach einer Phase der Tarifverhandlungen werden wir nun eine Erhöhung unserer Bezüge bekommen. Mit Sicherheit ist der Abschluss mit einem Gesamtvolumen von 8,1% Prozent ein unabdingbares Muss gewesen. Viele Kollegen hatten sich einen besseren Abschluss gewünscht, um eine angemessene Bezahlung, auch mit Blick auf die Entwicklung in den anderen Bundesländern, zu erhalten.

Während das Tarifergebnis für die Angestellten vom 2. März 2019 mit 7,8% Gesamtvolumen nur durch bundesweite Warnstreiks durchgesetzt werden konnte, wird die Besoldung der Beamten hingegen durch die jeweiligen Landesparlamente per Gesetz festgelegt. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben hier lediglich Beteiligungsrecht. Der dbb hat sich sehr für uns eingesetzt und deshalb haben wir als VRB auch dem Abschluss zugestimmt. Weiterhin wird durch den dbb in Hinblick auf amtsangemessene Alimentation alles getan, um uns Hilfen (z.B. Musteranträge) an die Hand zu geben.

Am Ende des Schuljahres 2018/2019 schauen wir zurück auf ein Jahr, welches uns Lehrer/innen vor enorme Herausforderungen stellte. So ist das alltägliche Berufsleben erfüllt mit Anforderungen, die mit unserem eigentlichen Berufsbild - dem Unterrichten - nicht viel gemein haben. Zunehmend müssen Lehrer Erziehungsaufgaben der Eltern übernehmen. Tugenden wie Höflichkeit, Pünktlichkeit und Arbeitshaltung müssen eingeübt werden und stellen keine Selbstverständlichkeit mehr da.

Wir müssen darauf achten, dass Unterrichten nicht zur Nebensache wird!

Es gibt für den VRB immer wieder viel zu tun, um auf Strukturen und Anforderungen hinzuweisen, die eine Überlastung der Kollegen/innen nach sich zieht. Mit Hilfe konstruktiver Kritik werden wir immer versuchen, positive Veränderungen im Sinne der Lehrerzufriedenheit und Lehrergesundheit zu erreichen und fordern alle Entscheidungsträger im Bildungsministerium auf, Problematiken im Lehrer-Schüler-Alltag ernst zu nehmen. Dazu brauchen wir tatkräftige Unterstützung, zu der ich Sie herzlich einlade.

Ich wünsche Ihnen nun schöne Sommerferien. Tanken Sie Kraft in Ihrer unterrichtsfreien Zeit, um sich dann erneut den großen Anforderungen im neuen Schuljahr stellen zu können.

Herzlichst

Ihre Karen Claassen

IM HAMSTERRAD – SCHULE ZWISCHEN ÜBERLASTUNG UND ANPASSUNGSDRUCK

Wer heute in Schulen arbeitet und einmal versucht, sich selbst über die Schulter zu schauen, ist mindestens irritiert, welche unproduktive Geschäftigkeit dort herrscht. Deren Sinn erschließt sich auch den Beteiligten nicht immer. Das bezieht sich weniger auf das selbstverständliche Kerngeschäft wie Unterricht vorzubereiten und zu halten, Klassenarbeiten zu korrigieren oder Erziehungsaufgaben wahrzunehmen etwa in Lerngesprächen mit der Klasse oder einzelnen Schülern, durch Streitschlichtung auf dem Pausenhof, in Elterngesprächen oder durch Kooperationen mit Institutionen der Jugendpflege u.v.m.

Dieses Kerngeschäft von Bildung und Erziehung wird nach Aussage der meisten Lehrerinnen und Lehrer an sich bereits immer anspruchsvoller. Früher selbstverständliche Einstellungen und Haltungen der Schülerinnen und Schüler und der Eltern zu den Aufgaben der Schule brechen immer mehr weg. Immer stärker sind die erzieherischen Voraussetzungen erst zu legen, damit Unterricht überhaupt stattfinden kann. Dass in der Folge das erreichbare fachliche Niveau zunehmend sinkt, will zwar in der Bildungspolitik niemand zugeben, ist aber unübersehbar. So würden allein diese pädagogischen Herausforderungen intensive gemeinsame Arbeit der Kollegien fordern, um sie halbwegs zu bewältigen.

In Absurdistan

Doch was geschieht tatsächlich? Wer überhaupt noch Zeit und Kraft findet, darüber nachzudenken, der wähnt sich in Absurdistan. Denn es werden zwar immer neue Maßnahmen und Projekte ein- und durchgeführt, so dass Arbeit und Belastung weiter zunehmen. Doch obwohl das schulische Hamsterrad in der Folge immer schneller rotiert, scheinen gerade diese Maßnahmen und deren Tempo die Lage nicht zu verbessern, sondern eher zu verschlimmern. Dazu nur einige Beispiele, die nahezu unbegrenzt zu vervielfältigen wären:

- Zunächst wird die Bewältigung der genannten Schwierigkeiten den Lehrerinnen und Lehrern stillschweigend als selbstverständlich überlassen. Die Behörden sorgen sich neuerdings nur um deren Arbeitsbelastung und Gesundheitszustand und führen entsprechende Befragungen durch. Als Folge wird aber nicht mehr Personal eingestellt oder überflüssige Belastungen abgeschafft, sondern man bietet Gesundheitstrainings und Organisationspsychologie an und verpflichtet Schulleitungen zu „gesunder Führung in Schulen“ (vgl. Krautz/Burchardt 2018).
- Weil Schule angeblich im „Wettbewerb“ stehe, sehen sich Schulleitungen oft unter dem Druck, eine glänzende Außendarstellung abzuliefern, wodurch pädagogische Ressourcen abgezogen werden, die den Schülerinnen und Schülern dienen müssten. Und schnell wird von realistischer Notengebung und sinnvollen Erziehungsmaßnahmen abgesehen, um Schülerzahlen um jeden Preis zu hoch halten.
- Seitens der Politik wurde als Reaktion auf zunehmende Heterogenität etwa aufgrund von Migration das Recht auf „individuelle Förderung“ festgeschrieben: Lehrer und Schule haben nun zu garantieren, dass Schüler mitkommen, ohne dass sie durch die notwendigen Ressourcen dazu in die Lage versetzt würden. Vielmehr wird die ohnehin wachsende Anspruchshaltung von Schülern und Eltern verschärft und das pädagogische Verhältnis gravierend gestört. Als Folge muss nun für jede nicht ausreichende Note ein „Förderplan“ erstellt und ein Elterngespräch geführt werden, was wiederum bürokratischer und formalisierten Aufwand bedeutet, aber wenig pädagogischen Ertrag bringt.
- Die politisch gegen jedes mäßigende Argument (vgl. Ahrbeck 2016) forcierte Inklusion bei gleichzeitiger Mangelausstattung vervielfachte die beschriebenen Probleme und bringt das System Schule an den Rand des Kollapses.

Prof. Jochen Krautz, Universiät Wuppertal (Bildquelle: Privat)

- Die sinkende Qualität soll nun mit aus der Wirtschaft entliehenem „Qualitätsmanagement“ gefördert werden. „Evaluationen“ und „Schulinspektionen“ (in NRW „Qualitätsanalyse“) sollen es nun richten (vgl. Krautz/Burchardt 2018). Tatsächlich wird so aber nicht Unterricht verbessert, sondern nur die Frequenz im Hamsterrad erhöht, denn nun müssen ordnerweise Berichte und Dokumentation bereitgestellt werden und Lehrerinnen und Lehrer sollen sich in 20-minütigen Unterrichtsbesuchen beweisen.
- Derart wird nicht „Qualität“ von Bildung und Erziehung entwickelt, sondern es werden Vorgaben durchgesetzte, die vor allem auf den Rückzugs des Lehrers und die Auflösung des Klassenunterrichts zugunsten sog. „selbstgesteuerten Lernens“ zielen (vgl. Burchardt 2017). Die Einrichtung entsprechender „Lernbüros“, am besten voll digitalisiert, ist dann die Konsequenz. Usw. usf.

Rasender Stillstand als Entfremdung

Nun spiegelt sich in der als sinnlos empfundenen Aufgabenvervielfachung und damit zusammenhängenden Beschleunigung der schulischen Arbeitsverhältnisse mit Sicherheit auch ein gesellschaftliches Problem wider. Das Hamsterrad steht für ein ratsloses Rotieren, das in einer vom Neoliberalismus destabilisierten Arbeitswelt heute genauso verbreitet ist wie in den digitalisierten menschlichen Beziehungen: Es herrscht rasender Stillstand.

Der Soziologe Hartmut Rosa beschreibt die Wirkung dieser Beschleunigung genauer: „Nach meiner Überzeugung führen soziale Bedingungen, in denen soziale Akteure ethischen Vorstellungen verpflichtet sind und zu folgen versuchen, welche von den strukturellen Bedingungen ihres Handelns systematisch unterlaufen werden, notwendigerweise zu einem Zustand sozialer Entfremdung.“ (Rosa 2012, S. 303) Gerade Lehrer fühlen sich ethischen Vorstellungen, nämlich dem pädagogischen Ethos verpflichtet, das die Sinnmitte ihres Berufes ausmacht. Und eben diesen sozialen Sinn des Pädagogischen unterlaufen die genannten Strukturen und entfremden von der Arbeit. Schule rast und rotiert, doch als sozialer Raum wird sie entleert. Ihr humaner Sinn droht verloren zu gehen.

Dass solche Sinnentleerung und Entfremdung vom ethischen Kern des Berufs auf Lehrerseite zu vermehrtem Ausgebrannt-Sein führt, ist auch ohne empirische Studie mehr als naheliegend: Wo das pädagogische Engagement sich nicht auf die wirklichen Problemlagen richtet, sondern in abwegige Verwaltungs- und Rechtfertigungsarbeit fließt, verliert das Tun seinen Sinn. Wo aus auch anstrengender pädagogischer Arbeit immer noch der Sinn zu ziehen wäre, jungen Menschen wirklich zu helfen, verpufft die Kraft nun in strukturellen Hamsterrädern.

Es ist insofern kein verstaubter humanistischer Traum, wenn man darauf verweist, dass Bildung scholé braucht: Wie das griechische Wort für Muße nahelegt, muss Bildung für Schüler wie für Lehrer mit einem Freiraum verbunden sein, der eine humane Entwicklung für beide Seiten überhaupt erst ermöglicht (vgl. Bossard 2018).

Achtsam im Hamsterrad?

Das politisch erzeugte strukturelle Problem wird nun aber an die Lehrer zurückgegeben: Man müsse eben auf die „Work-Life-Balance“ achten, „Achtsamkeit“ üben, Stimme und Atem trainieren, auf die „nonverbalen Signale“ des Körpers achten, „Stresstoleranz“ und „Resilienz“ entwickeln, sich von Problemen zu distanzieren lernen, Entspannungsübungen machen, die Ernährung verbessern usw.

Nun ist es sicherlich förderlich, wenn auch Lehrer Sport treiben und nicht allein Pizza und Pommes essen. Aber: Subjektive „Achtsamkeit“ löst kein objektives Problem. Wie soll eine „Work-Life-Balance“ für Lehrer aussehen, wenn die drängenden und realen Probleme permanent und auch nachts am pädagogischen Gewissen rütteln? Wie lange kann Entspannung anhalten, wenn die Schulpforte die Käfigtür des strukturellen Hamsterrades bleibt? Reicht es also, darin yogagestärkt und vollwertig ernährt zu rotieren, damit

man sich besser fühlt? (Vgl. Bröckling 2017)

Subjektivierungstechnik

Solche Verinnerlichung der Imperative einer unsichtbaren Macht wird als „Subjektivierung“ beschrieben (vgl. Bröckling 2017): Wir können gar nicht genau sagen, wer oder was uns eigentlich treibt, aber wir übernehmen die Forderungen einer nie wirklich greifbaren Autorität und machen sie zu unserem Problem (vgl. Rosa 2012, S. 284 ff.) Wir fühlen uns defizitär und schuldig, versuchen, die unerfüllbaren Ansprüche, die an uns gestellt werden auszugleichen. So wird man gefügig, ohne es recht zu bemerken. Gerade im schulischen Kontext ist dies zu beobachten: Kaum jemand vermag noch zu sagen, wie der erlebte Wahnsinn eigentlich zustande kommt, worum es dabei überhaupt geht und wer daran Interesse haben kann. Die Akteure der Bildungspolitik scheinen unsichtbar zu werden. Auch die Administration in Düsseldorf oder den Bezirksregierungen sieht sich oft nur noch als ausführendes Organ (zu den Hintergründen vgl. Krautz 2012). Was bleibt sind die Imperative des „Neuer, Schneller, Besser“, die das Hamsterrad beschleunigen, aber zu nichts führen.

Change durch Überlastung

Doch hat die erste Tagung „Time for Change?“ (vgl. Krautz/Burchardt 2018) darauf aufmerksam gemacht, dass der politische Sinn der Überlastung noch tiefer greift: Sie soll bereit machen, den bildungspolitischen Vorgaben nicht nur irgendwie widerwillig zu folgen, sondern sie als neue pädagogische Überzeugungen innerlich zu übernehmen. Überlastung gilt den sozialpsychologischen Manipulationstechniken des sog. Change-Managements als erster Schritt, um Menschen „aufzutauen“: Sie sollen seelisch weichgekocht werden, um sich für „das Neue“ zu öffnen, was ihnen angesichts der Lage als alternativlos dargestellt wird. Und wer einmal so unter Druck steht, greift oft gerne nach vermeintlich rettenden Angeboten.

So etwa das „selbstgesteuerte“, „individualisierte“ Lernen, am besten in „Lernbüros“ und mit digitalen Geräten: Nachdem die ohnehin wachsende Heterogenität der Schülerschaft durch politische Maßnahmen massiv erhöht wurde, legte die Bertelsmann Stiftung (immer noch gemeinsam) mit dem Schulministerium als Antwort darauf Fortbildungen auf, die die Aufhebung der Klassengemeinschaft und das „selbstgesteuertes Lernen“ als Lösung ausgeben - neuerdings selbstverständlich digital. Man müsse sich „gemeinsam auf den Weg machen“, so säuseln die Schalmeien der „Menschenregierungskünste“ (Bröckling 2017) der verzweifelnden Lehrerschaft zu, und sich von überkommenen Vorstellungen lösen und anpassen. Warum, auf welchen Weg, wohin der führt, und wie denn die neuen Ideen begründet sind, wird schon nicht mehr diskutiert. Überlastung dient hier als Einfallstor, um Lehrer in eine vorbestimmte Richtung zu steuern – „sanfte Führung“ nennt sich das. (Vgl. Krautz/Burchardt 2018)

Überlastung als neue Form des Totalitarismus

Wenn daher wiederum Hartmut Rosa „Beschleunigung als neue Form des Totalitarismus“ beschreibt (Rosa 2012, S. 284), der sich als „vages Gefühl der Fremdbestimmung ohne Unterdrücker“ äußere (ebd., S. 304) dann wird diese gewagt klingende These in Bezug auf den Schulalltag durchaus nachvollziehbar: Das Hamsterrad als Käfig der Selbstaktivierung ist nicht nur einfach absurd, sondern hat einen verborgenen Herrschaftssinn. Das permanente Rotieren entfremdet von der eigenen pädagogischen Professionalität und soll bereit machen, unbegründete Vorgaben nicht nur auszuführen, sondern selbst zu wollen. Der hechelnde Lehrer-Hamster soll auch selbst wollen, was er soll. Und um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dieses System funktioniert an Universitäten genauso und sogar noch besser, weil die Hamster sich untereinander noch um Geld und Reputation balgen ...

Pädagogische Freiheit und Verantwortung

Wenn wir es aber mit einem neuen, „sanften“ Totalitarismus zu tun haben, dann wird klar, warum Achtsamkeit auf sich selbst allein nur begrenzt weiterhilft. Es gilt den Blick zu weiten, achtsam zu werden auf die beschriebenen Zusammenhänge. Es braucht eine klare Analyse der Zustände und

Zusammenhänge und ein Bewusstsein dafür, dass weder mein Problem noch das von Schule und Schülern als Einzelgänger in „Work-Life-Balance“ zu lösen ist.

Ein politisches Problem braucht vielmehr politisch-gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Das erinnert daran, dass Lehrer zu sein in einer Demokratie, ist immer schon eine politische Aufgabe war und auch bleibt: Die Sorge um die der Schule anvertraute Jugend macht es auch notwendig, für deren Interesse öffentlich einzustehen. Erstaunlicher Weise trägt gerade das Engagement für diese weitergehenden Fragen aber auch zum eigenen seelischen Gleichgewicht bei: Nicht der Rückzug ins Private, sondern der Blick aufs Ganze und unsere Position darin ermöglicht, im Hamsterrad innezuhalten, herauszutreten und nachzusehen, wer es warum aufgestellt und so eingerichtet hat. Erst so ist die innere Freiheit für die Frage zu gewinnen, ob man das so weiter mitmachen will.

Dabei, diese Frage zu beantworten und eine andere Haltung zu gewinnen, hilft das Bewusstsein für die eigene pädagogische Freiheit: Zum meisten von dem, was als alternativlos daherkommt, können Lehrer und Schulen nicht gezwungen werden. Sie verfügen über eine rechtlich garantierte pädagogische Freiheit – nicht um ihrer selbst willen, sondern um den Schülern möglichst optimal gerecht werden zu können (vgl. Krautz/Burchardt 2018). Nur in Freiheit aber ist pädagogische Verantwortung lebbar. Keine Verantwortung ohne Freiheit. Sonst wird eben dieses pädagogische Verantwortungsgefühl missbraucht, um uns im Hamsterrad rotieren zu lassen. Diese Freiheit aber muss nicht erst gewährt werden, sondern Lehrer haben sie, könne sie sich nehmen und müssen sie einfordern. Erst auf dieser Grundlage können die eingangs beschriebenen drängenden Probleme der Schule überhaupt sinnvoll angegangen werden (vgl. Däschler-Seiler 2018).

Sie sind herzlich eingeladen, an der zweiten Tagung „Time for Change?“ am 04. Mai 2019 in Wuppertal diese Fragen auf der Grundlage kritischer Analysen und konstruktiver Ausblicke mit zahlreichen Experten zu diskutieren. Im Innehalten und Besinnen auf den Kern der pädagogischen Aufgabe besteht die Gelegenheit, den inneren Hamster zu befreien und damit die Demontage der Hamsterräder gemeinsam fortzusetzen.

Jochen Krautz

Zur Person

Prof. Dr. Jochen Krautz lehrt Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal und ist Präsident der Gesellschaft für Bildung und Wissen.

Literatur

Ahrbeck, Bernd (2016). Inklusion: Eine Kritik. 3. Aufl. Stuttgart

Bossard, Carl (2018): Bildung braucht „scholé“ (https://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2019/02/Journal21_Bildung-braucht-schol%C3%A9.pdf)

Bröckling, Ulrich (2017): Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste. Berlin.

Burchardt, Matthias (2016): Selbstgesteuertes Lernen. Roboter im Klassenzimmer. In: Zierer, Klaus/Kahlert, Joachim/Burchardt, Matthias (Hrsg.): Die pädagogische Mitte. Plädoyers für Vernunft und Augenmaß in der Bildung. Bad Heilbrunn, S. 121-133

Däschler-Seiler, Siegfried (2018): Von der pädagogischen Freiheit als Kern der Professionalität. Unterrichtspraxis. Beilage zu „bildung und wissenschaft“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg. H. 8 (https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/von-der-paedagogischen-freiheit-als-kern-der-professionalitaet.html)

Krautz, Jochen (2012): Bildungsreform und Propaganda. Strategien der Durchsetzung eines ökonomistischen Menschenbildes in Bildung und Bildungswesen. In: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik - Sonderheft, S. 86-128 (https://phvn.de/images/krautz.pdf)

Krautz, Jochen/Burchardt, Matthias (Hrsg.) (2018): Time for Change? Schule zwischen demokratischem Bildungsauftrag und manipulativer Steuerung. München (https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/bildungspolitik/time-for-change-2.html)

Rosa, Hartmut (2012): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umrisse einer neuen Gesellschaftskritik. Berlin.

REISEKOSTEN BEI KLASSENFAHRTEN

Bundesverwaltungsgericht: Verzicht unzulässig

Seit Jahren kämpfen die Lehrerverbände gegen die Diskriminierung der Lehrkräfte gegenüber anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bezüglich der Erstattung von Reisekosten. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat nun die Rechte von Lehrerinnen und Lehrern gestärkt:
Die Abfrage der Schulleitung, ob eine Lehrkraft im Falle nicht ausreichender Haushaltsmittel auf eine ihr zustehende Reisekostenvergütung für eine Klassenreise teilweise verzichtet, kann dazu führen, dass sich der Dienstherr auf eine solche Verzichtserklärung nicht berufen kann.

Sachverhalt

Eine beamteter Realschullehrer hatte im Jahr 2013 bei seiner Schulleitung die Genehmigung einer Klassenfahrt nach Berlin beantragt. Das verwendete Antragsformular entsprach der Verwaltungsvorschrift des Dienstherrn für außerunterrichtliche Veranstaltungen. Darin wurde u.a. abgefragt, ob die Lehrkraft ganz oder teilweise auf Reisekostenvergütung verzichte. Der Lehrer verzichtete teilweise. Nach seiner Rückkehr wurden ihm unter Hinweis auf seine Teilverzichtserklärung weniger als die Hälfte der beantragten Reisekostenvergütung vom beklagten Land Baden-Württemberg bewilligt.

Verfahren

Während das nach erfolglosem Widerspruch angerufene Verwaltungsgericht den Dienstherrn zur Zahlung weiterer Reisekosten in Höhe des Differenzbetrages verurteilt hat (VG Karlsruhe, 9 K 842/14 - Urteil vom 19. Februar 2015), hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg auf die Berufung des beklagten Landes das Urteil des Verwaltungsgerichts geändert und die Klage abgewiesen (VGH Mannheim, 4 S 830/15 - Urteil vom 20. Juli 2016). Die Revision des Klägers vor dem Bundesverwaltungsgericht hatte jedoch Erfolg.

BVerwG: Beamtenrechtlicher Fürsorgegrundsatz verletzt

Nach der Verwaltungsvorschrift des Landes Baden-Württemberg sind Genehmigungen außerunterrichtlicher Veranstaltungen durch den Schulleiter nur im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich, es sei denn, der teilnehmende Lehrer verzichtet vorher ganz oder teilweise auf Reisekostenvergütung. Diese Koppelung zwischen Genehmigung und Verzicht bei nicht ausreichenden Haushaltsmitteln für alle im Schuljahr vorgesehenen Veranstaltungen setzte den Lehrer einem Konflikt aus. Der Dienstherr kann sich nach dem Grundsatz von Treu und Glauben nicht auf den Teilverzicht des Lehrers auf Reisekostenvergütung berufen.

Nach der vom Dienstherrn erlassenen Verwaltungsvorschrift kommt außerunterrichtlichen Veranstaltungen bei der Erfüllung der erzieherischen Aufgaben der Schule besondere Bedeutung zu. Dem Lehrer wurde so auch die Verantwortung dafür zugewiesen, ob er eine staatliche Aufgabe unter Verzicht auf seinen ungeschmälerten Anspruch auf Reisekostenvergütung erfüllt. Hinzu kommt, dass er mit seinem Teilverzicht diese staatliche Aufgabe mit privaten Mitteln finanziert. Dies läuft dem Zweck des Anspruchs auf Reisekostenvergütung zuwider, nach dem der Dienstherr in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht seinen Bediensteten notwendige dienstliche Reiseaufwendungen abnehmen soll. (BVerwG, Urteil v. 23.10.2018, BVerwG 5 C 9.17).

Situation im Saarland

Während die Erstattung der Reisekosten für die Beamten und Richter nach dem Saarländischen Reisekostengesetz (SRKG) erfolgt, müssen sich die Lehrkräfte mit der Ausnahmevorschrift gemäß § 18 des Saarländischen Reisekostengesetzes (SRKG) begnügen, die in einem eigenen Erlass (Schulfahrtenerlass) vom 30. August 2016, geändert durch Erlass vom 06. Dezember 2016, präzisiert wird. Ähnlich wie in Baden-Württemberg heißt es dort: „Die Genehmigung ist davon abhängig zu machen, dass die geplante

Veranstaltung alle Voraussetzungen dieses Erlasses erfüllt. Insbesondere ist darauf zu achten, dass

-die Kosten je Schülerin und Schüler die Höchstgrenze nach Nummer 2.3 nicht überschreiten,
-die notwendigen Aufwendungen, die auf die begleitenden Lehrkräften fallen, die unter Nummer 4. genannten Beträge nicht übersteigen, ...“
Der VRB ist der Auffassung, dass das höchstrichterliche Urteil auch für das Saarland Signalwirkung haben muss. Der Dienstherr darf seine Lehrkräfte nicht länger auf einem Teil ihrer Reisekosten sitzen lassen. Der VRB setzt sich für eine Neufassung des Erlasses ein, der mit einer negativen Sonderbehandlung von Lehrkräften Schluss macht. Diesbezüglich hat der VRB Saar bereits am 16. Januar 2019 eine Aufforderung an den Hauptpersonalrat Gemeinschaftsschulen mit folgendem Inhalt gerichtet:
Liebe Mitglieder des Hauptpersonalrates,

(...)

Weiterhin bitten wir Sie um eine zeitnahe Nachricht, wann der Schulfahrtenerlass entsprechend dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts
Aktenzeichen Bundesverwaltungsgericht
5 C 9.17
geändert wird.

Dieses Urteil betrifft Lehrer aus allen (Gemeinschafts)Schulen und der Schulfahrtenerlass (unter 4.) entspricht unserer Meinung nach in den Passagen der Lehrerreisekosten nicht mehr dem geltenden Recht.

Leider erhielten wir bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Antwort darauf.
Wolfgang Häring & VRB Saarland

Joachim Wagner (Quelle privat)

BUCHREZENSION

Joachim Wagner: Die Macht der Moschee - Scheitert die Integration am Islam?
Herder-Verlag 2018, 24,80 Euro gebunden

Schule als Konfliktfeld und Integrationsagentur

Gerade wenn es um die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen aus muslimisch geprägten Ländern geht, dominieren bei vielen Autoren in zahlreichen Publikationen vorgefasste Meinungen und Standpunkte, sei es ein grundlegender Optimismus, dass wir das schon schaffen werden, oder sei es eben auch die unerschütterliche Überzeugung, dass die Integration scheitern werde. Entsprechend werden diese Bücher auch von der jeweils eigenen Anhängerschaft rezipiert und dienen damit lediglich der Verstärkung vorhandener Standpunkte.

Das sehr sorgfältig recherchierte Buch „Die Macht der Moschee –Scheitert die Integration am Islam“ des ehemaligen ARD-Korrespondenten Joachim Wagner entzieht sich dieser Schwarz-Weiß-Einordnung und hebt sich allein durch die Vielzahl an rezipierten und zitierten Befunden, Studien, Statistiken und nicht zuletzt eigenen Erfahrungsberichten wohltuend von der Mehrzahl der anderen Traktate ab, die zu dieser Thematik schon erschienen sind.

Der Buchtitel kleidet die Debatte, ob die Integration am Islam scheitern wird, zunächst in die Frageform, doch man kann nach Lektüre der Kapitel zum Einfluss der Herkunftsländer auf die Zuwanderer, zur Entwicklung von Parallelgesellschaften, zu den kulturellen und religiösen Integrationshemmnissen, den widersprüchlichen Erwartungen auf beiden Seiten und insbesondere zur Überforderung von Schulen durch die ihnen aufgebürdete Integrationsaufgabe das Schlussresümee des Autors gut nachvollziehen: Er sieht die Jahrhundertaufgabe der Integration ohne massive zusätzliche Anstrengungen auf beiden Seiten - wobei Wagner auch die muslimischen Verbände in Pflicht nimmt - tatsächlich kurz vor dem Scheitern.

Was das Buch insbesondere für Lehrkräfte und Bildungsinteressierte so lesenswert macht, ist das zentrale 65-seitige Kapitel über die Schule als Konfliktfeld und Integrationsagentur. Der Autor hat gegen viele Widerstände bis hinauf in die Schulaufsicht einzelner Bundesländer eine Reihe von Schulen selbst besucht und dort mit Schulleitungen, Lehrkräften, Schülern und Eltern gesprochen, an Brennpunktschulen, wo deutsche Kinder eine kleine verschwindende Minderheit sind, aber auch an Schulen mit durchschnittlichen Migrationsanteilen. Die Berichte über diese Begegnungen sind

der spannendste Teil des Buchs. Der Autor schreibt selbst darüber: „Die Besuche des Verfassers von 21 Schulen waren Ausflüge in ein multikulturelles Deutschland, das die große Mehrheit der Bevölkerung nur aus dem Fernsehen oder der Zeitung kennt."

Anhand dieser Besuche erlebt der Leser mit, wie nicht selten eine engagierte Lehrerschaft zwischen Idealismus und Frust verschlissen wird, welche Auswirkungen die Segregation auf die Zuwandererkinder hat, wie schwierig Gewaltpräventionsarbeit in diesem Umfeld ist und welche Auswirkungen der Islam, der Ramadan und verdeckter bis offener Antisemitismus sowie ein konservatives islamisches Frauenbild auf den Schulbetrieb haben.

Es ist kein Zufall, sondern eher ein Zeichen, dass der Autor die Konfliktherde präzise und scharfsinnig benannt und erkannt hat, dass nach Erscheinen des Buchs einige der dort behandelten Themen in den Medien bundesweit aufgrund bestimmter Vorfälle aufgegriffen worden sind, etwa das Mobbing jüdischer Mitschüler, die Tatsache, dass jetzt schon an Grundschulen immer mehr Mädchen mit Kopftuch erscheinen bzw. die Auswirkungen des Fastens auf Schüler während des Ramadans.

Gerade weil man dem Autor abnimmt, dass er ehrlich daran interessiert ist, dass Integration gelingt, sind seine Warnhinweise und Forderungen am Ende des Buchs besonders ernst zu nehmen.

Heinz-Peter Meidinger,
Präsident des Deutschen Lehrerverbandes

Heinz-Peter Meidinger
(Quelle Pressedienst DL)

UNTERRICHTSMATERIALIEN
STRUKTURWANDEL
IM SAARLAND
4. aktualisierte Auflage ab Sommer erhältlich

ALWIS Arbeits Leben WIrtschaft Schule e.V.

WEITERE UNTERRICHTSMATERIALIEN
- Ökonopoly® – Wirtschaftsspiele im Experimentierkasten (neu: 2. aktualisierte Auflage)
- Berufsorientierung als integraler Bestandteil des Unterrichts
- MINT-BeSt-Projektwoche
- Schülerfirmen im Fach Beruf und Wirtschaft
- Nachhaltigkeit – Interdisziplinär betrachtet
- JUNIOR im Seminarfach
- BWL für JUNIOR
- Weg zur ersten beruflichen Auslandserfahrung – Interkulturelle Kompetenz Englisch und Französisch
- BWL+ – Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftlichkeit am Beispiel einer Photovoltaikanlage

FÜR SAARLÄNDISCHE SCHULEN KOSTENFREI

ODER SUCHEN SIE NACH
...Ideen für Projekttage, Berufsorientierung, Wirtschaftswissen? ALWIS unterstützt Sie bei der Organisation und Durchführung von:
- Berufsinformationstagen
- Schülerfirmen
- Wirtschaftsplanspielen: easyManagement, Ökonopoly®

INFOS:
Tel.: +49 681-302-64290, E-Mail: info@alwis-saarland.de, www.alwis-saarland.de, facebook.com/alwisev, instagram.com/alwisev

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Ministerium für Bildung und Kultur
SAARLAND

VRB SAAR - MITGLIEDER-VERSAMMLUNG 2019

Neue Schatzmeisterin gewählt

Am 10. April fand die diesjährige Mitgliederversammlung des VRB Saarland in der Gemeinschaftsschule Bruchwiese in Saarbrücken statt. Die Vorsitzende Karen Claassen sieht den Verband gut aufgestellt.

In ihrem Tätigkeitsbericht geht Claassen auf die Arbeit des Vorstandes seit der letzten Mitgliederversammlung ein. Sie zählt dabei zahlreiche Tätigkeiten auf, an denen die Vorstandsmitglieder gearbeitet haben. Diese reichen von der Teilnahme am Bundesrealschultag mit einer saarländischen Delegation über Gremienarbeit im dbb bis hin zur Mitarbeit im Bündnis Gemeinschaftsschulen, das im vergangenen Oktober 1.600 Unterschriften zur Verbesserung der Situation in den Schulen an Bildungsminister Commercon übergab. Claassen bedauert mit Blick auf diese Aktion, dass ihre Wirkung verpuffte, ohne dass sich eine substanzielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Schulen ergab.

Einen Schwerpunkt der Vorstandsarbeit stellt laut der VRB-Vorsitzenden die inhaltliche Positionierung zu aktuellen bildungspolitischen Themen dar. In diesem Zusammenhang verweist Claassen auf zahlreiche Pressemitteilungen, über die (die) Medien sowie (die) Mitglieder über Einschätzungen des VRB informiert werden. Für die Vorsitzende ist in Zusammenhang mit der inhaltlichen Arbeit auch die Netzwerkbildung von großer Bedeutung. Claassen verweist hierbei auf Gespräche mit den Landtagsfraktionen von CDU und Linken sowie Vertretern der FDP. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt des VRB-Vorstandes stellte laut Claassen die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung dar. Für die VRB-Vorsitzende ist der Datenschutz sowie die Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen überaus wichtig, sodass die Sicherheit der Mitgliederdaten und deren gesetzeskonforme Verarbeitung gewährleistet sind. Auch für den VRB als Lehrerverband bedeutet die Umsetzung dieser Gesetzesneuerung einen erheblichen Verwaltungsaufwand.

Die VRB Saar-Vorsitzende Karen Claassen (links) und die stellvertretende Vorsitzende Kati Steinecke während der Mitgliederversammlung

Karen Claassen verweist darauf, dass ihr Verband unter den Gewerkschaften ein Alleinstellungsmerkmal hat: „Wir vom VRB sind die Einzigen, die wissen, wie die Situation in den Schulen tatsächlich ist. Nur wir arbeiten mit voller Stundenzahl in den Schulen. Nur wir arbeiten ausschließlich ehrenamtlich. Wir sind keine Karrieristen. Dem VRB und seinen Vorstandsmitgliedern geht es ausschließlich um die Vertretung der Interessen der Lehrerinnen und Lehrer an saarländischen Gemeinschafts- und Förderschulen."
Nachdem die Vorsitzende ihre Rede beendet hatte, stellte Nicole Fischer (GemS Sulzbach) als Kassenprüferin ihren Bericht vor und beantragte die Entlastung des Vorstandes, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Wegen der Geburt ihres zweiten Kindes erklärte die Schatzmeisterin des VRB Isabelle Anton-Klos (GemS Heusweiler), dass sie leider nicht mehr für das Amt zur Verfügung stehe. Anton wurde mit einem Blumenstrauß für die geleistete Arbeit gedankt. Aus der anschließenden notwendigen Neuwahl ging einstimmig Rosina Decker (GemS Bruchwiese) als neue Schatzmeisterin hervor. Die bisherige Schatzmeisterin Anton erklärte sich bereit, fortan mit Nicole Fischer die Kasse zu prüfen.

Karen Claassen gab der Versammlung als weitere Personalentwicklung bekannt, dass Marie-Gertrud Schackmann-Klein aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr das Amt der Schriftführerin ausüben kann. Ihr Nachfolger ist Christian Roschel (GemS Schwalbach), der dem VRB-Vorstand ebenfalls seit vielen Jahren angehört.

red

INFORMATIONEN FÜR LAA UND REFERENDARE ZUM SCHULBEGINN

Die eigene Lehrerpersönlichkeit erweitern

Neben der „normalen“ Sprache, die wir durch Tonfall und Stimmmodulation in den Unterrichtsstunden nutzen, gibt es noch einige, meist unbewusst genutzte, Erweiterungen.
Als Studienreferendar sollte man sich auch diese zusätzlichen Sprachrohre zunutze machen, um den eigenen Unterricht zu steuern.

Die Sprache der Hände und Füße

1. Unterstreichen Sie das gesprochene Wort ab und zu durch passende Gesten. Gestik gehört immer auch zum natürlichen Sprechen. Unbedingt zu vermeiden sind aber Übertreibungen und der „inflationäre“ Gebrauch.
2. Niemals sollte man sich ans Pult klammern oder die gesamte Stunde über einen Gegenstand fest umschließen.
3. Neben der Grundhaltung (Arme hängen locker neben dem Körper) sollten bei den eingesetzten Gesten die Hände immer oberhalb der Gürtellinie „arbeiten“.
4. Den Oberkörper sollte man stets gerade und aufrecht halten. Wer sich klein macht, zeigt damit, dass er einen Angriff erwartet.
5. Die Klassenzimmerchoreographie beinhaltet zwar behutsame Standortwechsel, dringend zu vermeiden ist aber das „generalgleiche“ Schreiten vor der Klasse und das hektische „Durch-die-Klasse-rennen“. Gerade während der Arbeitsphasen sollte man langsam durch den Raum gehen, um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit für Fragen zu ermöglichen.
6. Stellt ein Schüler ein Ergebnis vor der Klasse vor, sollten Sie sich selbst aus dem Zentrum des Raumes nehmen, um dieses dem Schüler zu überlassen. Gehen Sie seitlich ans Fenster, bleiben Sie aber vor der Klasse! Meist scheitert der Versuch, sich ganz nach hinten zurückzuziehen und man bleibt mitten im Raum stehen. Dadurch kehrt man einem Teil der Klasse den Rücken zu.
7. Stehen Sie gleichmäßig auf beiden Füßen und verteilen dadurch Ihr Körpergewicht. Der Stand sollte so fest sein, wie der eigene Standpunkt.
8. Vermeiden Sie „Selbstberührungen“. Kratzen am Kopf, Griff zur Nase, Zupfen am Ohrläppchen usw. Schüler konzentrieren sich sonst leicht ausschließlich darauf und hören nicht mehr auf Ihre eigentlichen Worte.
9. Auch die Kleidungskontrolle durch die eigenen Hände sollte nur im Notfall im Klassenzimmer passieren.

Die Bedeutung der Mimik

1. Denken Sie immer daran, dass Sie nicht nur Zuhörer sondern auch Zuschauer haben.
2. „In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst!“ Diese Aussage meines Seminarlehrers hat sich bei mir eingebrannt. Und das soll sich auch in Ihrem Minenspiel wiederzufinden sein.
3. Die Schüler wünschen sich als Lehrer keinen Roboter sondern einen Menschen. Sie dürfen entsprechend auch Gefühle zeigen.
4. Ihre Mimik muss die Worte synchron begleiten. Zeigen Sie Trauer, wenn Sie über etwas Trauriges sprechen, Freude, wenn Sie Freude empfinden.
5. Vermeiden Sie das permanente „Zitronengesicht“. Kein Unterricht kann so ernst sein, keine Klasse so furchtbar, dass man nicht wenigstens ab und zu freundlich zu den Schülern blicken kann.
6. „Wer nicht Lächeln kann, sollte kein Geschäft aufmachen“ heißt es in einem chinesischen Sprichwort. Das gilt auch für Ihre Lehrerpersönlichkeit.
7. Halten Sie die Balance zwischen Spontanität und kontrolliertem Verhalten. Vorsicht vor jeder Übertreibung. Fremden Stil nachahmen heißt, eine Maske zu tragen.

Timo Koppitz

Verband Reale Bildung
Landesverband Saarland e.V.

Landesvorsitzende: Karen Claassen, Eichenhübel 16, 66892 Bruchmühlbach, 0176/30741305, karen.claassen@gmx.net

An den
Minister für Bildung des Saarlandes
Ulrich Commercon
Trierer Straße 33
66111 Saarbrücken

Offener Brief: Einstellungspraxis neuer Lehrerinnen und Lehrer durch das Ministerium für Bildung

Saarbrücken, den 14.01.2019

Sehr geehrter Herr Minister Commercon,

der Verband Reale Bildung wendet sich in Sorge und mit Kritik wegen der Einstellungsbedingungen von neuen Kolleginnen und Kollegen an Sie.

Vermehrt erreichen uns Klagen von neueingestellten Lehrerinnen und Lehrern, dass diese lediglich befristete Verträge durch Ihr Ministerium erhalten. Die Befristungen enden laut der Berichte der zumeist jungen Kolleginnen und Kollegen zuweilen sogar mitten im Schuljahr, was deren prekäre Situation zusätzlich verschärft. Auch scheint es gängige Praxis zu sein, dass ein befristeter Vertrag von einem anderen befristeten Vertrag abgelöst wird.

Diese Berichte decken sich mit Angaben aus dem Ministerium für Bildung: Nach Auskunft Ihres Hauses waren im Schuljahr 2017/2018 von 567 Einstellungen 311 lediglich befristet.

Für uns als Gewerkschaft und Interessensvertretung von Lehrerinnen und Lehrern an Gemeinschafts- und Förderschulen ist diese Situation nicht länger hinnehmbar.
Wir fordern Sie deshalb auf in der Landesregierung darauf hinzuwirken, die Quote der neueingestellten Lehrerinnen und Lehrer, die Planstellen erhalten, deutlich zu erhöhen. Der im letzten Sommer erfolgte Verweis darauf, dass lediglich 3,3% der Lehrerinnen und Lehrer im Saarland über eine Befristung verfügen würden, hilft den Betroffenen nicht weiter.

Die bisherige Praxis Ihres Ministeriums führt dazu, dass neuen Kolleginnen und Kollegen jegliche Planungssicherheit genommen wird. Eine drohende baldige

Arbeitslosigkeit führt zu psychischen Belastungen und entzieht die Grundlage einer eventuellen Familienplanung. Auch unter sozialen Aspekten ist die Einstellungspraxis

Ihres Hauses zu kritisieren, starten doch gerade Kolleginnen und Kollegen aus sozial schwachen Elternhäusern mit einem BAföG-Kredit ins Berufsleben, dessen Tilgung ansteht. Eine Befristung mit allen sozialen Verwerfungen, die daraus resultieren, erhält soziale Ungleichheiten.

Auch dem VRB ist bewusst, dass eine kurzfristige Erkrankung oder eine Schwangerschaft eine Befristung rechtfertigen können. Jedoch: Vielfach werden die neuen Kolleginnen und Kollegen nicht zur Abdeckung von krankheitsbedingtem Unterrichtsausfall bzw. zur Vertretung von schwangeren Kolleginnen, sondern zur Deckung von strukturellem Unterrichtsbedarf eingesetzt. Dies ist nicht angemessen und unfair. Verschärft wird diese Situation des Weiteren zudem dadurch, dass die im Vertrag angegebenen zu vertretenden Kolleginnen und Kollegen zuweilen noch nicht einmal an der Stammschule tätig waren. Auch wechseln die offiziell zu Vertretenden bei einem anschließenden weiteren befristeten Folgevertrag häufig, während die Stammschule der neuen Kolleginnen und Kollegen gleich bleibt. Diese Praxis führt unserer Meinung nach das Arbeitsrecht ad absurdum, was einseitig zu Lasten der neueingestellten Lehrerinnen und Lehrer geht.
Weiterhin wird den Bewerberinnen und Bewerbern auf Planstellen aus dem Referendariat nicht transparent dargelegt, auf welchem Platz einer Warteliste sie stehen und wie die Kriterien dieser aussehen. So können sie auch nicht flexibel reagieren, um sich gegebenenfalls in einem anderen Bundesland zu bewerben. Niemand kann warten, wenn er gar nicht weiß, ob dieses Warten überhaupt Sinn macht.

Wir möchten Sie deshalb auffordern: Ein regulärer Einsatz von neuen Kolleginnen und Kollegen muss zwingend auch ein reguläres Beschäftigungsverhältnis nach sich ziehen. Dies beinhaltet eine Planstelle und schließt eine Befristung aus. Außerdem bitten wir Sie um eine Transparenz der Wartelisten für eine Planstelle, um jungen Kolleginnen und Kollegen den Einstieg in ein Berufsleben zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Karen Claassen, Landesvorsitzende VRB Saarland

GEHT DIE „DIGITALISIERUNG“ AN DEN SENIOREN VORBEI?

Auch im Alter noch geistig fit und neugierig bleiben!

Jedes Jahr im Frühjahr steht in Königswinter-Thomasberg eine Fortbildung für die Senioren des VDR auf dem Programm. 17 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen auf Einladung der Seniorenvertreterin des VDR auf Bundesebene, Christa Nicklas, zusammen, um sich vom 17. bis 19. März in der Bildungsakademie mit dem Thema **„Bildung im und für das Alter“ mit Schwerpunkt „Digitalisierung“** zu befassen.

Traditionsgemäß steht während der beiden Tage auch immer eine **Bildungsexkursion** auf dem Tagungsprogramm. Auf Anregung von Wilfried Rausch, VDR-Vertreter aus Rheinland-Pfalz, hatte man sich dieses Jahr für eine Führung durch das **„Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“** in Bonn entschieden. In diesem Museum konnten die Senioren natürlich in Erinnerungen schwelgen. Hier wurde Alltagsgeschichte aus den 50er Jahren wieder lebendig, das Wirtschaftswunder mit den ersten Fernsehern und den Musiktruhen. Ein Hippie-Bulli zeugt vom Lebensgefühl der 68er-Generation. Aber auch die politische Entwicklung wird aufgezeigt: Teilung Deutschlands, Kalter Krieg, Mauerbau, Fall der Mauer, Wiedervereinigung. Ein Aufriss der Geschichte muss natürlich auch die Gegenwart mit einschließen: die Einflüsse der Globalisierung auf das alltägliche Leben, die Lebensverhältnisse von Migranten in Deutschland, die Internationalisierung des Terrorismus sowie die aufkommende Digitalisierung.

Die Teilnehmer haben im „Plenarsaal“ der 50er Jahre Platz genommen.

„Ein Haus, dessen Besuch sich immer lohnt“, war die einstimmige Meinung der Besucher. Wechselnde Ausstellungen und ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm ergänzen die Dauerausstellung und setzen neue Impulse. Im Anschluss war noch Zeit, um am Rheinufer auf dem **Weg der Demokratie** vorbeizuschlendern. Die verschiedenen Gebäude des ehemaligen Regierungsviertels erinnern an deutsche Demokratiegeschichte und verdeutlichen gleichzeitig den Strukturwandel der letzten Jahre.

Auf dem Weg der Demokratie

Am folgenden Morgen erwartete die Seminarteilnehmer/innen pünktlich um 9.00 Uhr die Referentin **Nicola Röhricht** von der Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ und Projektleiterin „Digitale Welt BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.). Als Einstimmung in die Thematik „**Digitalisierung**“ ging sie zunächst auf einige grundlegende Sachverhalte ein. „Warum lernen wir im Alter?“ „Wie lernen wir im Alter?“ „Wie verändert sich das Gehirn?“, waren nur einige Fragen, die sie zum Einstieg in die Thematik aufriss. Wie Wissenschaftler nachgewiesen haben, ist in jedem Lebensalter Lernen möglich. Ein genereller Abbau kognitiver Fähigkeiten konnte nicht nachgewiesen werden, im Gegenteil: Die Plastizität des Gehirns bleibt auch im hohen Alter erhalten. Mit gezieltem Training können sogar noch neue Synapsen gebildet werden.

Durch Veränderungen des Gehirns können jedoch im höheren Erwachsenenalter auch Veränderungen beim Lernen auftreten. Die fluide Intelligenz, also z. B. die Schnelligkeit der Informationsverarbeitung, baut mit zunehmendem Alter ab, während die kristalline Intelligenz, die auf unse-

Im Seminarraum der Akademie Forum Siebengebirge

ren Lebenserfahrungen und unseren erworbenen Bildungsprozessen basiert, stabil bleibt oder sogar weiter ansteigt. In der Geragogik, der wissenschaftlichen Disziplin zum Lernen im und für das Alter, wird reflektiert, wie den im Hinblick auf die kognitive Leistungsfähigkeit mit dem Älterwerden möglichen Gewinnen als auch Verlusten in einem Bildungsprozess begegnet werden können.

Für viele Menschen hat das Lernen auch im Alter noch eine große Bedeutung: Sie wollen nicht nur körperlich, sondern auch geistig fit bleiben, sie wollen so lange wie möglich selbstständig bleiben, sie wollen Gleichgesinnte kennenlernen um Teil der Gesellschaft zu sein und sie wollen sich weiterentwickeln. Sie können nun – im Gegensatz zum Berufsleben – Bildung und Lernen selbst gestalten und die Ziele und das Ergebnis selbst bestimmen. Man kann lernen, wann man will und so viel man will.

Nun macht die Digitalisierung vieler Lebensbereiche auch vor dem Alter nicht halt. Immer mehr Ämter, Institutionen, Vereine, Verbände stellen von Formularen auf digitale Technik um. Diejenigen, die diese Technik nicht nutzen können, sind von vielen Möglichkeiten ausgeschlossen, z. T. auf Hilfe angewiesen. Es ist deshalb wichtig, diese neuen Entwicklungen in den Blick zu nehmen, damit Ältere Schritt halten können und nicht abgehängt werden. Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr, Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit a.D., bringt dies in folgendem Satz zum Ausdruck: „Wir müssen nicht fragen: Sind die Älteren reif für das Internet? Wir müssen fragen: Ist das Internet reif für die Älteren?“

Der Umgang mit den digitalen Medien wie Computer, Tablet und Smartphone setzt einige Grundkenntnisse voraus. Das Internet stellt zwar für viele ältere Menschen eine gute Möglichkeit dar, auch im höheren Alter bei eingeschränkter Mobilität an sozialen Ereignissen teilzuhaben und die Unabhängigkeit in den eigenen vier Wänden zu bewahren, aber hier ist vor allem die fluide Intelligenz gefordert. Und das schreckt schon viele ältere Menschen ab. Die Entscheidung für die Nutzung der digitalen Medien beruht bei vielen deshalb oft auf einer Kosten-Nutzen-Abwägung: Nur wenn sie den Nutzen und den Sinn des Internets für sich sehen und den Mehrwert verstehen, setzen sie sich mit den neuen Möglichkeiten auseinander.

Einen ersten Zugang können Spiele wie DoppelTixx oder „Der Listenfischer“ sein, die das Gedächtnis trainieren (siehe Literaturverzeichnis am Ende!). Der Einstieg in die digitale Welt könnte über Google Maps, Tagesschau.de oder ZDF.de gelingen. Über Nebenan.de oder Feierabend.de können Kontakte über das Internet hergestellt werden. Für die Einführung und weitere Betreuung im Umgang mit digitalen Medien werden zahlreiche Möglichkeiten angeboten, von denen einige genannt werden sollen: Lernbegleiter, Smartphone-Cafés, unter „wissensdurstig.de“ sind 7.700 Veranstaltungen an 1.050 Orten in Deutschland genannt, 300 Volkshochschulen und 150 Senioren-Internet-Gruppen. Digitale Stammtische werden angeboten und Digital-Lotsen vor Ort kann man unter dem Digital-Kompass finden, ein Internet-Portal für Trainer, Lotsen, informelle Helfer, die ältere Menschen ans Internet heranführen und weiterhin begleiten (www.digital-kompass.de).

Im Rahmen des Projektes Digital-Kompass wurde auch eine Material-Fundgrube und eine Anleitung zum Thema „Digitaler Nachlass“ erstellt. Denn wer wissen möchte, was mit seinen digitalen Daten nach dem Tode passiert, sollte seinen digitalen Nachlass regeln.

Mit ihrem Vortrag hat Frau Nicklas eine umfassende Darstellung zu dieser Thematik geliefert. Die lebhafte Diskussion unter den Senioren zeigte, dass das Thema Digitalisierung auf sehr großes Interesse stieß. Ein „Wegweiser durch die digitale Welt“ wird Ende 2019 bei der BAGSO verfügbar sein.

Christa Nicklas dankt Referentin Nicola Röhricht

Zu einem weiteren interessanten Thema referierte am Nachmittag **Bernd Karst,** Schulleiter an der Rochus-Realschule in Bingen: **„Fake News statt Faktentreue, ein Phänomen mit gesellschaftlicher Relevanz“**. Er zeigte auf, wie Darstellungen nach der zu erreichenden Absicht manipuliert werden können, sei es im Alltag, in der Presse oder im Netz. Die Menschen sind anfällig für solche Fake News, vor

allem dann, wenn die vermeintliche Nachricht ihre Vorurteile, Erwartungen oder ihr Weltbild bestätigt. Bei Übungen und einem Fake-News-Quiz fiel es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch nicht immer leicht, zwischen „Dichtung und Wahrheit“ zu unterscheiden. Sie mussten feststellen, dass schon ganz gezielt manipuliert wird. Aus diesem Grund ist die Erziehung zur Medienkompetenz in den Schulen eine enorm wichtige Aufgabe, denn: Die Überprüfung von Nachrichten ist mit Hilfe eines geeigneten Instrumentariums möglich.

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm

In die gleiche Kerbe schlug VDR-Bundesvorsitzender und stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender **Jürgen Böhm:** „Wir brauchen eine Bildung mit digitalen Medien! Schüler/innen müssen über eine Medienkompetenz verfügen, die ihnen sagt, wie man mit digitalen Medien umgeht.“ Dazu ist es aber notwendig, dass die Lehrkräfte über ein Handlungsrepertoire verfügen. Nur dann könne in der Schule Medienbildung zukunftsorientiert erfolgen.

Am folgenden Morgen stellte Saskia Tittgen, VRB-Bezirksvorsitzende aus Neustadt, **die Jugendorganisation des dbb** vor, die gleichzeitig in der Akademie tagte und die sich neu gegründet hat. Dass sich nun neben den VDR-Frauen und den VDR-Senioren noch eine dritte Querschnittsorganisation gebildet hat, kommentierte Jürgen Böhm stolz mit den Worten: „Die Jugend ist auf dem Weg.“ Zum nächsten Treffen soll nun jeder Landesverband einen Vertreter (Delegierten) entsenden; Studenten, Lehramtsanwärter oder Lehrer/innen bis 35 Jahre sind herzlich willkommen. Auch ein Logo hat die dbb-Jugend entwickelt, das ein Netzwerk zeigt, in das man die drei Querschnittsorganisationen integrieren kann.

Ein **Erfahrungsaustausch über Bildungsangebote** in den Landesverbänden beschloss die interessante Tagung. Werner Hillen aus dem Saarland zeigte eine Bilddokumentation zu Schüler- und Studienfahrten nach Verdun, Gudrun Deck aus Rheinland-Pfalz berichtete über Führungen in Museen, Kunstausstellungen und Kirchen. Weitere Beispiele aus Schleswig-Holstein, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wurden genannt. Die Teilnehmer/innen bestätigten, dass informelle Veranstaltungen weniger nachgefragt sind. - Mit einem Geschenk bedankten sich die Senioren bei der Veranstaltungsleiterin Christa Nicklas, die es immer wieder versteht, durch Auswahl aktueller Themen interessante Seminare zu gestalten.

Text und Fotos: Werner Hillen

Die Teilnehmer am Bundesseniorenseminar des VDR

Halten Sie sich über Ihren VRB immer auf dem Laufenden und besuchen Sie uns online:

www.vrb-saarland.de
www.facebook.com/verbandrealebildungsaarland

Reale Bildung ist unverzichtbar!

KOMPROMISS GESCHAFFT!

8,1 Prozent mehr für Landes- und Kommunalbeamte. Dennoch kein Grund zu uneingeschränktem Jubel

Im Spitzengespräch am 16. April 2019 zwischen der Landesregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen konnte im Rahmen des sogenannten „Saarländischen Wegs“ in der Einkommensrunde 2019 - 2021 nach langem Ringen ein Kompromiss erzielt werden. Die Landes- und Kommunalbeamten sowie Versorgungsempfänger erhalten bis 2021 eine Besoldungserhöhung von insgesamt 8,1 Prozent, anstatt der geplanten 7,4 Prozent.

Ergebnisse im Detail

- ab 1.8.2019 +3,2 %
- ab 1.6.2020 +3,2 %
- ab 1.4.2021 +1,7 %

Anwärter erhalten ab 1.1.2019 und ab 1.1.2020 eine Erhöhung von je 50 € sowie einen Tag mehr Urlaub ab 2020 (Erhöhung von 29 auf 30 Urlaubstage).

Zusätzlich hat der dbb erreicht

- Die Landesregierung sagte zu, das Tarifergebnis ab 2022 zeitgleich auf die Beamten zu übertragen.
- Die Absenkung der Eingangsbesoldung wird rückwirkend zum 1.4.2019 beendet.
- Erhöhung der ruhegehaltsfähigen Zulage für Hauptschullehrer an Gemeinschaftsschulen um 100 € auf 300 € (je 50 € zum 1.1.2020 und 1.1.2021).
- Erhöhung des Beförderungsbudgets im Bereich der Polizei für die Jahre 2019 und 2020 aufgrund des Zuwachses von Beförderungsstellen.
- Des Weiteren wird auf Vorschlag des dbb eine „Besoldungskommission zur Weiterentwicklung der saarländischen Besoldung“ unter Beteiligung der Gewerkschaften vorgeschlagen, die auch im Hinblick der anhängigen Rechtsverfahren Lösungen erarbeiten soll, wie die saarländische Besoldung möglichst kurzfristig wieder an das Mittelfeld der übrigen Bundesländer herangeführt werden kann.
- Die Eurosätze im Leistungsverzeichnis zu § 5 Abs. 1 Nr. 8 der saarländischen Beihilfehilfeverordnung (letzte Erhöhung 2001) werden zum 1.7.2019 um 30 Prozent angehoben.
- Einrichten eines Pensionsfonds des Landes ohne Eigenbeteiligung der Beamten.

Mit dem Gesamtvolumen von 8,1 Prozent in der Besoldungstabelle kann der bisherige Abstand zu den anderen Bundesländern zumindest geringfügig reduziert werden. Da das Saarland im Besoldungsranking seit 2011, bedingt durch die Einhaltung der Schuldenbremse, zum Schlusslicht degradiert wurde, hat der dbb in den Verhandlungsgesprächen darauf bestanden, dass das Gesamtvolumen über dem Tarifabschluss der Länder vom 2. März 2019 (Gesamtvolumen 7,8 Prozent) liegt. Trotzdem bedeutet die zeitliche Verschiebung der Besoldungsanpassung einen weiteren Einkommensverlust, auch wenn der dbb eine geringfügige Verbesserung in diesem Punkt erreichen konnte. Eine noch frühere Erhöhung der Besoldung (bisherige Finanzplanung 1. September) ist aus Sicht der Landesregierung wegen Einhaltung der Schuldenbremse nicht möglich und hätte letztlich zum Scheitern der Gespräche geführt.

Diskussion und Beschluss im Landeshauptvorstand

Der Landeshauptvorstand (36 Mitgliedsgewerkschaften des dbb saar) hat am Nachmittag des 16. April 2019 nach kontroverser Diskussion mehrheitlich dem Kompromiss vom Vormittag zugestimmt.

Dennoch kritisiert der Landeshauptvorstand die aktuelle Besoldungssituation des Haushaltsnotlagelandes Saarland, welches seit 2011 der Überwachung des Stabilitätsrates unterliegt. Die Haushaltsnotlage des Saarlandes rechtfertigt aber nicht, dass die Beamtinnen und Beamten weiterhin mehr als andere Gruppierungen zur Haushaltssanierung herangezogen werden. Die Schuldenbremse dürfe nicht dazu missbraucht werden, dass die Beamtinnen und Beamten seit 2011 dauerhaft (und zudem verfassungswidrig) von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.

dbb beamtenbund und tarifunion landesbund saar

Der Landeshauptvorstand erwartet von der Landesregierung, dass sie sich beim Stabilitätsrat dafür einsetzt, dass die Schuldenbremse für das Saarland insoweit gelockert wird, damit diese einer verfassungsgemäßen Alimentation nicht sinnwidrig im Wege steht.

Der Landeshauptvorstand hat eindeutig klargestellt, dass eine weitere konstruktive Begleitung der Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ durch den dbb unter Beteiligung der Personalräte keine Selbstverständlichkeit ist. Der dbb ist die größte gewerkschaftliche Spitzenorganisation im Landesdienst und stellt rund 60 Prozent der Personalräte. Vielmehr hängt die weitere Teilnahme an den Gesprächen entscheidend von den weiteren Entwicklungen und den Ergebnissen bei den noch offenen Vereinbarungspunkten ab. Hierzu zählen insbesondere der Stellenabbau mit der damit verbundenen Arbeitsverdichtung, Sicherstellung von besseren Arbeitsbedingungen in den Schulen, Entlastung der Lehrkräfte sowie die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes. Miteinander statt übereinander reden ist für den dbb immer noch handlungsleitend, aber nicht um jeden Preis. Zuletzt wird ein Erfolg nur an den Ergebnissen zu messen sein.

Rechtsverfahren

Im Hinblick auf die aktuelle besoldungsrechtliche Entwicklung und die anhängigen Rechtsverfahren beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und einer möglichen Rechtswahrung, wird der dbb den Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfängern - wie schon im Haushaltsjahr 2018 auch 2019 - vorsorglich einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation beim Dienstherrn zur Verfügung stellen (hierzu wird der dbb gesondert informieren). Ebenso sind tausende Anträge auf amtsangemessene Besoldung aus den Haushaltsjahren 2011 bis 2015 noch anhängig.

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschafts- und Förderschulen
Fachverband im VDR und dbb

Verband Reale Bildung
Landesverband Saarland e.V.

Landesvorsitzende: Karen Claassen, Eichenhübel 16, 66892 Bruchmühlbach, 0176/30741305, karen.claassen@gmx.net

Stellungnahme VRB Saarland zur Änderung des Überganges aus der allgemeinbildenden Schule in das berufliche Schulsystem

Der VRB Saarland begrüßt die Möglichkeit der Stellungnahme zu o.g. beabsichtigter Änderung.

Hierzu möchten wir folgendes anmerken:

Als Nachteil im bestehenden Übergangssystem innerhalb der beruflichen Weiterbeschulung wird in der Begründung Anlage A unter Punkt II angegeben, dass die Schüler, die mit einem Hauptschulabschluss ohne den Notendurchschnitt von mindestens „befriedigend“ (07 Punkte) die allgemeinbildende Schule verlassen und das BVJ oder auch das BGJ/die BGS als Bildungsschleifen durchlaufen müssen, um einen höherwertigen Schulabschluss zu erreichen.
Hierzu merkt der VRB Saarland an: Ein Schulabschluss attestiert eine Befähigung und Reife. Er ist bereits in der aktuell gültigen Verordnung auf Anschlussmöglichkeiten ausgerichtet. Die individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten von Schülerinnen und Schülern werden auch durch eine längere Lernzeit, die im Übrigen ebenfalls in Nachteilsausgleichsgewährungen innerhalb der Schulzeit Anwendung finden, abgebildet.
Daher betrachtet der VRB eine differenzierte Vorbereitung auf höherqualifizierte Abschlüsse als unabdingbar. Die neu angedachte Ausbildungsstufe 1, bei der die Erreichung des Hauptschulabschlusses aus dem Notenbild abgeleitet wird und damit ebenso die Erreichung (bei einem Notenschnitt von 3,0) der Ausbildungsstufe 2 -Berufsfachschule- ermöglicht, ist eine indirekte Abschaffung der Hauptschulprüfung innerhalb der Klasse 9 der Gemeinschaftsschule. Dies wird ein weiteres Absinken des Leistungsniveaus innerhalb dieser Schulform nach sich ziehen, da eine Motivation zum Lernen das Bestehen der Hauptschulprüfung war.
Die erfolgreiche Teilnahme der Hauptschulprüfung ist nur noch für die Schulabgänger Klasse 9 mit einem Lehrvertrag im Anschluss relevant. Diese Anzahl der Schüler ist jedoch sehr gering.
Die angestrebte Gleichwertigkeit der Gemeinschaftsschule in Bezug auf das Gymnasium wird hier ausgehebelt, da den Schülern eine weitere Möglichkeit des „Nichtlernens“ ermöglicht wird, ohne erkennbare Konsequenzen. Eine weitere problematische Entwicklung in Gemeinschaftsschulen mit schwierigen Schülern zeichnet sich ab.

Dass die Berufsschule schulisch geprägt ist, wie auf S. 6 Anlage A in kritischem Duktus angemerkt ist, kann auch ein Zeichen der mangelnden Zusammenarbeit von Schule und Industrie darstellen. Hierbei ist aber die Unterstützung der Politik gefordert. Wenig Transparenz muss auch kein Zeichen von Ineffizienz darstellen, sondern eben nur das, was es ist: Intransparenz.

In diesem Zusammenhang verweist der VRB Saar auf die Ausführungen von Dr. phil. Frank-Hagen Hofmann für das Studentenwerk Heidelberg, die analog auch für alle Bildungsgänge der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schule gelten:

„Prüfungen akzeptieren
Prüfungen gehören zum Leben jedes Studierenden. Die anstehende Prüfung wird nicht die letzte sein. Auch in Ihrem Berufsleben werden Sie beständig Prüfungssituationen ausgesetzt. Deswegen ist es sinnvoll, die Prüfungen im Studium zu nutzen, um mit Prüfungssituationen selbstbewusst und erfolgreich umzugehen. (…) Denken Sie daran, dass eine Prüfung Höhepunkt und Abschluss einer Arbeitsphase darstellt. Sie haben die Gelegenheit, das Gelernte loszuwerden, und man hört Ihnen zu. Führen Sie sich vor Augen, welche positiven Folgen ein Bestehen der Prüfung hat.
Körperliche und geistige Anspannung wirkt sich positiv auf Aufmerksamkeit und Konzentration aus und führt zu gesteigerter Leistungsfähigkeit. Zu geringe Anspannung (z.B. Desinteresse oder übermäßige Coolness) führt zu schlechteren kognitiven Leistungen, ebenso wie ein zu hohes Angstniveau (z.B. Panik).“(www.studentenwerk.uni-heidelberg.de; Psychosoziale Beratung für Studierende (PBS) Leitender Psychologe Dr. phil. Frank-Hagen Hofmann Gartenstraße 2 • 69115 Heidelberg)

Auch der VRB sieht es als zielführend an, wenn Schülerinnen und Schüler schon in der Schule lernen, sich auf Prüfungssituationen vorzubereiten. Hier kann Wissen und Können präsentiert werden; man bereitet sich zielgerichtet vor.
Ein Wegfall von Prüfungssituationen wird vermehrt zu einem reinen „Absitzen“ der Schulzeit führen.

Mit der Weiterführung der Fremdsprachenvermittlung wird für viele „lernschwächere“ Schüler die berufliche Bildung erschwert. Mit der Ausgleichsmöglichkeit der Note ist diese Hürde zu nehmen. Jedoch sollte die Fächeranzahl dann auch für alle Schüler, egal welcher Glaubensrichtung oder auch atheistisch, gleich sein. Die Stundentafel müsste dann auch das Fach Ethik beinhalten.

Der VRB weist wiederholt daraufhin, dass erst die Rahmenbedingungen in personeller und sächlicher Hinsicht getroffen werden müssen, bevor Umstrukturierungen in pädagogischer Hinsicht vorgenommen werden. Da eine individuelle Förderung jedes Berufsschülers gefordert wird, müssen auch die entsprechenden Lehrkräfte eingestellt werden. Die zusätzlichen benötigten Förderschullehrer sind jedoch nicht „auf dem Markt“. Hier befürchtet der VRB eine Überlastungssituation der Berufsschulkollegen.

PRESSEMITTEILUNGEN

Absenkung der Eingangsbesoldung zügig beenden – VRB Saarland bietet Betroffenen Hilfe an

Das Bundesverfassungsgericht hat die baden-württembergische Besoldungsregelung für nichtig erklärt, welche die Absenkung der Beamtenbesoldung für die ersten drei Jahre des Dienstverhältnisses vorsah. Im Saarland wird eine vergleichbare Regelung angewandt, wonach viele Junglehrer eine um monatlich 350 € abgesenkte Besoldung erhalten. Für den Verband Reale Bildung ist durch das aktuelle Karlsruher Urteil klar: Die Absenkung der Eingangsbesoldung muss auch im Saarland zügig beendet werden.

Bei der VRB-Vorsitzenden Karen Claassen stößt es auf Unverständnis, dass das Urteil noch kein positives Echo in der Politik gefunden hat: „Die saarländische Landesregierung darf nicht weiter versuchen auf dem Rücken der jungen Beamten und damit auch vieler Junglehrer ihre Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen. Wir vom VRB sagen: Sparen ja, aber doch nicht beim Personal in unseren Schulen!“

Für den Verband ist die Sparmaßnahme im mehrfachen Sinne nicht zielführend: Es fehlen Lehrer an allen Ecken. Durch die reduzierte Besoldung auf der einen und die noch immer geübte Praxis der befristeten Anstellung statt Verbeamtung auf der anderen Seite vergrault das Saarland auch noch die wenigen Bewerber.

Der VRB rät allen Kollegen, die rückwirkend seit 2015 von der abgesenkten Eingangsbesoldung betroffen waren bzw. aktuell sind, bis spätestens Ende Dezember Widerspruch gegen ihre Dienstbezüge einzulegen und somit auch zu verhindern, dass Ansprüche verjähren. Hierfür bietet der Verband Reale Bildung allen Kollegen Hilfe und Beratung an. Die Dringlichkeit des Widerspruchs und die Bedeutung einer eventuellen notwendigen rechtlichen Klärung wird durch die Summe deutlich, die sich in den zwei Jahren der Absenkung subsumiert: Für einen neu verbeamteten Lehrer an der Gemeinschaftsschule steht eine Nachzahlung von i.d.R. 8.400 € brutto zur Debatte.

PM des VRB Saar vom 13. Dezember 2018

Deutscher Lehrerverband wirft Bildungspolitik schwere Versäumnisse vor

Schwerwiegende Versäumnisse in der Schul- und Bildungspolitik hat zu Jahresbeginn der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, sowohl der Mehrzahl der Schulminister als auch dem Bundesbildungsministerium vorgeworfen.
Er betonte: „Ich hätte mir vor einigen Jahren noch nicht vorstellen können, dass eine Reihe von Ländern bei eigentlich absehbaren Problemen und Herausforderungen wie Lehrermangel, Unterrichtsausfall oder Schulsanierung in einem so großen Umfang versagt, wie dies derzeit der Fall ist.“
Als Beispiel nannte er die Tatsache, dass vielerorts die Lehrerversorgung nur mit qualitätsgefährdenden Notmaßnahmen aufrecht erhalten werden konnte, wie etwa die massenhafte Einstellung von pädagogisch nicht qualifizierten Quereinsteigern in Bundesländern wie Berlin, Sachsen, Thüringen, aber auch Nordrhein-Westfalen. Dies berge die Gefahr für dauerhafte Qualitätsverluste und sinkende Schülerleistungen, so Meidinger. Auch bei der Sanierung von Schulen müsse man feststellen, dass der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau erhobene Umfang des Sanierungsstaus Jahr für Jahr wachse und nicht abnehme, wie es dringend erforderlich sei.
Als weiteres Beispiel für die verbreitete Unfähigkeit der Bildungspolitik, die aktuellen Herausforderungen zukunftsorientiert zu lösen, nannte der Verbandsvorsitzende das vorläufige Scheitern des Digitalpakts. Wörtlich sagte er: „Man kann keinem Betroffenen mehr erklären, warum es seit zwei Jahren nicht gelungen ist, die für den Digitalpakt vorgesehenen Mittel für eine zeitgemäße IT-Ausstattung von Schulen auch wirklich bereitzustellen und vor Ort ankommen zu lassen. Letztendlich fördert das die Demokratieverdrossenheit gerade in Zeiten, in denen wir dringend mehr Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen bräuchten.“
Meidinger appellierte an die Landesregierungen und das Bundesbildungsministerium, endlich ihre Hausaufgaben zu machen und den drohenden Qualitätsverlust zu stoppen.

PM des Deutschen Lehrerverbandes (DL) vom 14. Januar 2019

Leistung, Qualität, Innovation – Mittelstand braucht leistungsstarke und motivierte Schulabgänger

Mittelständische Wirtschaft muss Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik anprangern, um Motor der deutschen Wirtschaft zu bleiben – Bildungsallianz des Mittelstandes stellt in Düsseldorf klare Forderungen
„Gerade die mittelständische Wirtschaft muss von der Bildungspolitik Qualität und Leistung einfordern und aktuelle Missstände aus ihrer Sicht anprangern!“ fordert Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands und Vize der Bildungsallianz zum Abschluss der Jahrestagung des Bundesverbands der mittelständischen Wirtschaft in Düsseldorf.
Schülerinnen und Schüler, die nicht schreiben und rechnen können, müssten endlich der Vergangenheit angehören. Es könne nicht sein, dass die Dauerreformitis und permanente Zerstörung bewährter Schulstrukturen die Bildung eines Landes der Erfinder und Innovationen im internationalen Wettbewerb ruiniert, prangern Böhm und Generalsekretär der Bildungsallianz Patrick Meinhardt an.
Die einzige reelle Ressource, die Deutschland hat, ist eine in die Zukunft orientierte Bildung, die sich an den Realitäten der Gegenwart orientiert. Sie zu vernachlässigen sei der größte Fehler, den man begehen kann. „Ohne Bildung mit Blick auf wirtschaftliche Zusammenhänge gibt es künftig kein erfolgreiches Unternehmertum!“, stellte Prof. Markus Jerger, Geschäftsführer des Mittelstands zu Beginn der Veranstaltung heraus. Es sei an der Zeit, dass die Wirtschaft klare und deutliche Forderungen an die Bildungspolitik stellt, um die qualitative Talsohle in einigen Bundesländern zu durchschreiten. Es müssten wieder Tugenden wie Leistung, Einsatzbereitschaft und Arbeitseifer eingefordert werden. Ohne Arbeit und Fleiß, ohne Kreativität und Know-How könnten Unternehmen in einer globalisierten Welt nicht bestehen, sind sich die Führungskräfte einig.
Weiterhin müsse Bildung den unternehmerischen Blick schärfen. Wirtschaftliche Inhalte müssten in der gesamten Bildungslandschaft elementarer Bestandteil der Lehrpläne sein und nachhaltig und intensiv die ökonomischen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Heranwachsenden schärfen und sie auf ein selbstständiges Leben vorbereiten, konstatiert Böhm.
„Eine Stärkung der Potenziale in der Bildung muss wieder in den Vordergrund gerückt werden. Einem Fachkräftemangel kann man nur entgegenwirken, indem man differenzierte Bildung wieder festigt und die jungen Menschen individuell und ihren Talenten entsprechend fördert. Die Vielfalt in der Bildung schafft Vielfalt im Beruf. Die mannigfaltigen Wege in der beruflichen Bildung müssen von den Abschlussschülern wieder als erste Möglichkeit erkannt und gegangen werden“, fordert Böhm.

PM des VDR Bund vom 21. Januar 2019

Mehr Mut zur Verteidigung unserer Demokratie! - #StärkeDemokratie

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Realschullehrerverbandes (VDR), fordert im Rahmen des KMK-Präsidentschaftswechsels von den Schulen aus der Aufarbeitung der Geschichte die Grundlagen der Zukunft abzuleiten: Junge Menschen müssen sich an unseren Schulen zu mutigen Demokraten entwickeln können.

Berlin. „Am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ist es aktueller denn je, dass gerade in der Bildung und Erziehung der jungen Menschen die historischen Erfahrungen und Lehren aus der Geschichte eine entscheidende Rolle in modernen Bildungskonzepten bilden. Dabei müssen die Heranwachsenden in der Auseinandersetzung mit historischen Entwicklungen eigene Schlüsse ziehen; sie müssen den großen Wert der Demokratie, der Menschenrechte und der Freiheit in pluralistischen Systemen erkennen, um den politischen Rattenfängern von Links und Rechts, den Feinden der Demokratie und den Geschichtsfälschern nicht in die Hände zu fallen."

Damit stellt sich Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Realschullehrerverbandes (VDR) hinter die Forderungen des neuen KMK-Präsidenten und hessischen Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz, der heute in Berlin feierlich die KMK-Präsidentschaft übernimmt. Er appellierte in Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus an die Bildungsverantwortlichen, radikalen Ideologien gerade an den Bildungseinrichtungen keinen Raum zu lassen.

Bildquelle: VDR Bund

„Bei allen technischen und naturwissenschaftlichen Neuerungen und Entwicklungen, in einem Zeitalter der sich rasant entwickelnden Digitalisierung, ist es von entscheidender Bedeutung, dass junge Menschen klare ethische Grundlagen, Werte und ein moralisches Fundament besitzen, das auf klaren demokratischen Grundsätzen basiert. Demokratieerziehung und politische Bildung sind entscheidende Aufgaben der Bildung und Erziehung", so Böhm.

Populistische Parteien, antidemokratische Kräfte, europafeindliche Bewegungen und religiöse Eiferer bedrohen unsere freiheitlich-pluralistische Grundordnung. Diesen Kräften müssen sich das demokratische Gemeinwesen und grade die Schulen und Lehrkräfte in ihrer Verantwortung für die Zukunft entgegenstellen. Ein demokratisches Gemeinwesen muss gegen alle Angriffe verteidigt werden, die Menschen müssen sich an klare demokratische Spielregeln halten und menschenverachtende Ideologien gehören endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte.

„Wir brauchen wieder mehr Mut zur Verteidigung unserer Demokratie!", beschließt Böhm.

PM des VDR Bund vom 28. Januar 2018

VRB Saarland fordert Hilfe für Lehrkräfte bei Gewalt an Schulen

Mittlerweile greifen alltäglich Schlagzeilen in Deutschland Gewalt an Schulen auf - und noch immer gibt es keine wirkliche Hilfe für Lehrkräfte und Schüler.

Zwar werden im Saarland mehr Schulsozialarbeiter eingestellt, doch verhindern bürokratische Vorgaben ein wirklich effektives Zusammenarbeiten aller Beteiligten. Somit gelingt es auch nicht, Lehrkräfte zu entlasten. Der VRB mahnt an, dass hier die Politik Wege schaffen muss, die ein problemloses Austauschen der unterschiedlichen Behörden untereinander ermöglichen. So kann ein schnelleres Eingreifen in Gefährdungssituationen gewährleistet werden.

Aktuelle Vorfälle an Gemeinschaftsschulen in Sulzbach und Saarbrücken zeigen, dass der Schulhof ein Bereich mit hohem Gefahrenpotential ist. Schulfremde Personen bedrohen und beleidigen Lehrkräfte und Schüler und schrecken auch nicht vor körperlichen Angriffen zurück. Emotionale Betroffenheit verhindert nach solchen Vorfällen noch lange Zeit ein unbeschwertes Pausenverhalten bei Schülern. Die vielfältigen Gefahrensituationen stellen Lehrkräfte vor immer neue Aufgaben, die nicht zu ihrem Lehrauftrag gehören. Zunehmend respektloses Verhalten von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern ist mittlerweile ein gesellschaftliches Phänomen und erschwert in jeglicher Hinsicht die Gestaltung des Schullebens. Mobbing, körperliche Übergriffe und verschiedene weitere negative Verhaltensauffälligkeiten von Schülern im alltäglichen Schulbetrieb haben viele Lehrer an ihre Belastungsgrenze gebracht.

Der VRB fordert die verantwortlichen Politiker wiederholt auf, trotz der vorhandenen Sparzwänge dringend die Prioritäten neu zu setzen und eine höhere Planstellenanzahl für Lehrer zu schaffen, um eine wirkliche Entlastung für die Lehrkräfte an den saarländischen Schulen zu ermöglichen.

PM des VRB Saar vom 6. Februar 2019

Na endlich! Das Geld aus dem Digitalpakt kann fließen!

Der Deutsche Realschullehrerverband (VDR) hofft auf eine schnelle Zuteilung der Gelder durch den Bund.

„Endlich gibt es eine Einigung im Digitalpakt! Der Vermittlungsausschuss hat grünes Licht gegeben. Durch eine minimale Änderung des Grundgesetzes kann der Bund nun Gelder an die Länder für die Digitalisierung an Schulen fließen lassen“, hofft Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR).

Nach langem Hin und Her hat der Vermittlungsausschuss nun eine Einigung herbeigeführt. Die Länder können zweckgebunden Gelder für die Digitalisierung und für die Systembetreuung abrufen. „Die Schulen warten auf den Startschuss schon lange. Sie sind bereit und haben bereits Konzepte erstellt, wie sie das Geld einsetzen und nutzen wollen“, stellt der Bundesvorsitzende heraus.

„Die Änderung im Grundgesetz ist zum Glück nur minimal. Das Grundgesetz darf nicht zum Spielball der Politik werden. Dafür ist es zu wertvoll. Mit leichten Bauchschmerzen können wir die angestrebten Änderungen akzeptieren und gehen davon aus, dass sie nicht dazu führen, dass sich der Bund in die Länderkompetenzen im Bereich Bildung einmischt und bedeutende föderale Strukturen und Besonderheiten untergräbt“, so Böhm. Eine Mitfinanzierung durch die Länder werde individuell erfolgen und sei nicht mehr mit 50:50 festgelegt. Wie das im Einzelnen aussehen wird, werde sich zeigen. Böhm zeigt sich noch etwas skeptisch, wie die Umsetzung genau erfolgen wird.

„Allerdings muss es nun schnell und unkompliziert gehen! Die Länder sind nun in der Pflicht, unbürokratisch und zügig die Gelder abzurufen und zu verteilen, damit diese endlich in den Schulen und bei den Schülern ankommen“, fordert Böhm abschließend.

PM des VDR Bund vom 21. Februar 2019

Demokratie basiert auf Grundsätzen – Schulpflicht ist nicht verhandelbar!

Deutscher Realschullehrerverband nimmt Stellung zu ‚Fridays for Future‘. „Als Interessensverband für Lehrkräfte begrüßen wir das Engagement der jungen Leute für den Umweltschutz. Es ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler ihre demokratischen Rechte kennen und auch wahrnehmen“, stellt Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), nach Abschluss der Bundesvorstandssitzung in Kassel fest.

Im Hinblick auf die derzeit diskutierte Schulpflicht fordert Böhm von den Verantwortlichen in der Politik nicht nur relativierende und frei interpretierbare Empfehlungen, sondern endlich eine klare Linie für die Schulen vor Ort: „Den Lehrkräften im Hinblick auf die Handhabung von Fehlzeiten den Buhmann zuzuschieben ist ein Verhalten, das wir als Verband nicht akzeptieren können und eines demokratischen Staates nicht würdig ist!“

Zur Erziehung der jungen Menschen zu mündigen Bürgern gehöre natürlich, dass sie ihre Meinung frei äußern und dass sie auch das Demonstrationsrecht umsetzen können. Mitbestimmung sei ausdrücklich erwünscht. Allerdings liege genau hierin die Krux: Denn zu den freiheitlichen Rechten des Grundgesetzes gehöre auch, dass die Jugendlichen nicht nur ihre Rechte, sondern auch ihre Pflichten wahrnehmen.

„Zu den Pflichten der jungen Menschen zählt natürlich die Schulpflicht. Wenn die Schülerinnen und Schüler ein Zeichen für ihre Belange setzen wollen, dann haben sie in einem demokratischen Gemeinwesen alle Möglichkeiten.

Es reiche nicht, nur medienwirksam auf den Klimaschutz aufmerksam zu machen. Vielmehr wäre doch wichtig, dass die heranwachsende Generation lernt, was sie selbst für den Umwelt- und Klimaschutz tun kann und realistische Ziele zu formulieren.

Böhm fordert in der gesamten Diskussion einen Neuansatz: „Jugendliche müssen verstehen, dass jeder für sich aktiv werden muss und jeder dazu beitragen kann, dass sich tatsächlich etwas ändert. Nur die Straße zu gehen, reicht nicht“. Es wäre wichtig, dass konkrete Ziele gesetzt werden. Die Umweltschutzthemen sollten gemeinsam mit Lehrkräften an der Schule angegangen werden. In vielen Schulen gibt es bereits hervorragende und nachhaltige Projekte und Initiativen.

Abschließend betont Böhm, dass Jugendliche verschiedenste Möglichkeiten hätten, sich in der Politik und in Verbänden zu engagieren, um etwas zu bewegen.

PM des VDR Bund vom 18. März 2019

Dauerhafte Umstellung auf Sommerzeit wäre unverantwortlich!

Im Hinblick auf die gestern erfolgte Abstimmung des Verkehrsausschusses im EU-Parlament und die dort geforderten Abschaffung der Zeitumstellung ab 2021 hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, die Bundesregierung erneut dringend dazu aufgefordert, eine dauerhafte Umstellung auf Sommerzeit in Deutschland zu verhindern.

Er betonte: „Eine dauerhafte Umstellung auf Sommerzeit hätte gravierende negative gesundheitliche Auswirkungen insbesondere auf Kinder und Jugendliche. Die Wahrscheinlichkeit für Schlaf- und Lernprobleme, Depressionen und Diabetes wird nachweislich massiv erhöht. Gleichzeitig würde eine solche Umstellung dazu führen, dass über 10 Millionen Schülerinnen und Schüler in Deutschland zwei Monate länger bei absoluter Dunkelheit ihren morgendlichen Schulweg antreten müssten, was nicht zuletzt auch die Unfallhäufigkeit in die Höhe treiben würde. Das wäre unverantwortlich!“

Meidinger äußerte erneut sein Unverständnis darüber, dass ausgerechnet der deutsche Gesundheitsminister sich für die dauerhafte Sommerzeit ausgesprochen habe, die im Hinblick auf Sicherheit und Gesundheit von Jugendlichen so schädliche Auswirkungen habe.

Er forderte erneut die Politik auf, im Falle einer dauerhaften Zeitumstellung unbedingt auf die Winterzeit, also die Normalzeit umzustellen. Zu der demoskopisch eruierten leichten Mehrheit in der Bevölkerung für eine dauerhafte Sommerzeit merkte der Verbandschef abschließend an: „Ich glaube, dass da die positive psychologische Besetzung des Begriffs Sommer eine nicht geringe Rolle spielt, als könnte man sich durch diese Umstellung einen immerwährenden Sommer sichern. Wenn man die Deutschen fragen würde: „Wollt Ihr künftig ein halbes Jahr eine Stunde eher zur Arbeit gehen?“, sähe das Ergebnis mit Sicherheit anders aus.“

PM des DL vom 5. April 2019

Deutscher Lehrerverband kritisiert Heuchelei der Politik im Zusammenhang mit den Fridays-for-future-Vormittagsdemos

- **Meidinger: Wer soll denn Unterricht und Schulpflicht noch ernst nehmen, wenn es die Politik selbst nicht tut?**
- **DL ermuntert Schülerinnen und Schüler zu langfristigem Engagement für ihre Zukunft!**

Heftige Kritik am Lob und der Unterstützung zahlreicher Politiker, darunter der Bundeskanzlerin, für die während der Unterrichtszeit stattfindenden Freitagsdemos hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, in Berlin geübt. Wörtlich betonte er: „Der Deutsche Lehrerverband begrüßt es ausdrücklich, dass sich Kinder und Jugendliche verstärkt für ihre Zukunft und mehr Klimaschutz engagieren. Wir plädieren auch dafür, dass die Schulen bei ihren Reaktionen auf die Teilnahme von Schülern bei den Vormittagsdemos pädagogisches Fingerspitzengefühl zeigen. Es ist aber nicht akzeptabel, dass Politiker durch ihre Unterstützung der Fridays-for-future-Demos die allgemeine Schulpflicht am Freitagvormittag praktisch für außer Kraft gesetzt erklären und Lehrkräfte und Schulleitungen an den Pranger gestellt werden, die diese Schulpflicht von ihren Schülern noch einfordern.“
Es sei doch geradezu widersinnig, dass sich einerseits fast alle Bundesländer in der Vergangenheit weigerten, der politischen Bildung an Schulen mehr Unterrichtsstunden einzuräumen, weil der Stundenplan so voll sei, andererseits es aber jetzt viele Politiker nicht störe, wenn Zehntausende von Unterrichtsstunden wegen der Freitagsdemos ausfielen. „Ich fürchte, darin spiegelt sich eine generelle mangelnde Wertschätzung des Werts von Unterricht durch die Politik, die ja auch dem massiven Unterrichtsausfall an allen Schularten wegen des Lehrermangels und fehlender Unterrichtsreserven seit Jahren weitgehend tatenlos zusieht“, fügte der Verbandsvorsitzende an.
Letztendlich habe aber der Fachunterricht die enorm wichtige Aufgabe, das für mündige Bürger und politisches Engagement notwendige grundlegende Wissen zu vermitteln.
Politikerinnen und Politikern, die sich ohne Wenn oder Aber hinter die Freitagsvormittags¬demos gestellt hätten, warf Meidinger Heuchelei vor: „Da gibt es junge Leute, die kritisieren: „Ihr macht zu wenig für Klimaschutz!“ – und die Bundeskanzlerin, die letztendlich die Klimapolitik der Bundesrepublik verantwortet, klatscht zu dieser Kritik an der eigenen Politik Beifall. Ich werde den Verdacht nicht los, der Politik- und Medienhype um die Freitagsdemos dient vielfach als willkommenes Ablenkungsmanöver von den eigentlich zu lösenden, sehr schwierigen Sachfragen!“

Auch der Mehrheit der Schulminister in den Bundesländern warf Meidinger vor, in der Frage der Priorität der Schulpflicht „wohlfeiles Abtauchen“ vor. Zahlreiche Schulleitungen hätten zwar in den letzten Monaten vielseitige Schreiben erhalten, wie mit streikenden Lehrkräften zu verfahren sei, die dem Unterricht fernblieben, aber keinerlei Hinweise zum Umgang mit dauerhaft „streikenden“ Schülern bei Freitagsdemos. Der Deutsche Lehrerverband stellt deshalb folgende Fragen an die Politik:
„Wie sollen Schulen verfahren, wenn demnächst der Montagvormittag zum Aktionstag gegen die drohende weltweite Aufrüstung erklärt wird oder Schüler beantragen, zur „Lega-

lize Cannabis“-Demo gehen zu dürfen bzw. Eltern ihre Sprösslinge für einen Protest gegen das örtliche Ankerzentrum befreien wollen? Bekommen die Schulleitungen künftig Listen mit politisch korrekten, befreiungsfähigen politischen Aktionen und den nicht genehmigungs¬fähigen? Macht eine gesetzliche Regelung zur Schulpflicht noch Sinn, wenn diese Regel nicht mehr eingefordert wird?“

Den Fridays-for-Future-Aktivisten unter den Schülern riet der Verbandsvorsitzende, sich nicht vom Medienhype um die Freitagsdemos benebeln zu lassen: „Eine Protestform, die dazu führt, dass diejenigen Beifall klatschen, die man unter Druck setzen will, wird keinen Effekt haben. Wenn sich Jugendliche wirklich nachhaltig für Klimaschutz und ihre Zukunft engagieren wollen, führt an einem langfristigen Engagement in Verbänden, bei Umweltgruppen und in den Jugendorganisationen der Parteien kein Weg vorbei, auch wenn man damit nicht so häufig in die Presse kommt. Nur wenn die Fridays-for-future-Bewegung dazu einen Beitrag leistet, wird sie tatsächlich Nachhaltigkeit und positive Änderungen erreichen und bewirken können!“

PM des DL vom 18. März 2019

Lehrergewerkschaft VRB zeigt sich kritisch gegenüber „fridays for future“

Auch der Verband Reale Bildung hält es für begrüßenswert, dass sich Schüler für Umwelt und Politik interessieren, insbesondere auch, dass sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen. Neben der Vermittlung von Fachwissen ist es gerade die Aufgabe von Schule, den Heranwachsenden die Entwicklung einer eigenen Meinung zu ermöglichen und sie dazu anzuhalten, diese auch frei zu äußern und somit ihren Teil zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen.

Allerdings sehen wir genau hier das Problem: Wenn die Ausübung des Demonstrationsrechts mit der Schulpflicht kollidiert, entsteht nicht nur eine rechtliche Zwickmühle. Die Schüler müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie das Konzept des „fridays for future“ nutzen, um ihrer Schulpflicht zu entgehen. Und tatsächlich: Nicht wenige Schüler geben offen zu, dass sie sich mit der Thematik kaum auskennen und auch nicht wirklich auseinander gesetzt haben, aber gerne einmal bei einer solchen Demonstration dabei sein wollen.

Der VRB findet: Hier muss Schule ansetzen! Die häufig gehörte Klage, dass das Wissen um klimatische Zusammenhänge in der Schule zu kurz komme, ist nicht von der Hand zu weisen. Gerade die Umstrukturierung der Fächertafel mit der in vielen Schulen erfolgten Zusammenlegung der Fächer Geschichte, Politik und Erdkunde zum Fach Gesellschaftswissenschaften führte dazu, dass nun Grundlagenwissen zu Wetter und Klima nicht mehr von Fachlehrern unterrichtet wird. Leider berichten uns viele Kollegen und Schüler auch, dass der mutmaßlich menschengemachte Klimawandel häufig einseitig und mit veraltetem oder tendenziösem Material unterrichtet wird.

Wenn statt dessen Demos zur Schulzeit unter dem Beifall gewisser Teile der Politik und Gesellschaft stattfinden, ist das Gratismut: Rebellion spielen ohne eigene Anstrengung, ja noch nicht einmal mit dem Risiko unentschuldigter Fehlstunden. Mit Erschrecken nimmt der VRB Berichte z. B. aus Bremen wahr, wo den Schülern die Teilnahme an den Demonstrationen sogar empfohlen und dies im Nachhinein als „Verlagerung des Unterrichts an einen anderen Ort“ gerechtfertigt wurde. Hier wird das Recht auf freie Meinungsäußerung ad absurdum geführt.

Der VRB begrüßt vielmehr den Standpunkt der ehemaligen saarländischen Ministerpräsidentin und jetzigen CDU-Vorsitzenden Kramp-Karrenbauer: Wer demonstriert, muss die Konsequenzen ertragen.

Mit der Organisation der „fridays for future“- Demonstrationen zur Schulzeit, am besten noch ohne vermerkte Fehlstunden, werden vielleicht Schüler mobilisiert, aber vor allem instrumentalisiert und in der Sache unglaubwürdig gemacht.

PM des VRB Saar vom 21. März 2019

Junge Menschen müssen ihren eigenen Weg finden und erfolgreich gehen

Deutscher Realschullehrerverband und Deutscher Philologenverband betonen gemeinsam die Vielfalt der Bildungswege in Deutschland und fordern hohe Qualität des Abiturs und des Realschulabschlusses

Anlässlich des heutigen 4. Süddeutschen Realschultages in Ulm äußern sich die Bundesvorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes, Prof. Susanne Lin-Klitzing, und der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbandes, Jürgen Böhm, zur vorgestellten INSA Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Mittelständischen Wirtschaft (BVMW) und des VDR.

„Die Menschen in Deutschland haben längst erkannt, dass der Weg über einen Realschulabschluss und eine duale Berufsausbildung sehr erfolgreich ist und in eine aussichtsreiche und angesehene Karriere münden kann“, ist Jürgen Böhm überzeugt. Eltern und Wirtschaft werten die Realschule als stabile Säule der mittleren Bildung. Sie sei es, die zuverlässig und kompetent auf Beruf und weiterführende Bildungswege vorbereite und die eklatante Fachkräftelücke schließen könne. Davon ist auch Susanne Lin-Klitzing überzeugt: „Das Abitur ist einer von vielen möglichen Schulabschlüssen in unserem differenzierten Schulsystem. Seine speziellen Ziele sind die Wissenschaftspropädeutik, Studierfähigkeit und vertiefte Allgemeinbildung. Studierfähigkeit ist kein allgemeines Bildungsziel für alle, die Berufsfähigkeit sollte gleichwertig daneben stehen!“

Dies werde auch durch eine bundesweite INSA-Studie bestätigt, die der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft (BVMW) in Auftrag gegeben hat: Demnach sind etwa drei Viertel der befragten Bevölkerung der Meinung, dass die Realschule wieder aufgewertet werden muss und zwei Drittel meinen, dass dem Realschulabschluss zu Unrecht weniger Anerkennung gezollt wird als dem Abitur. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel bestätigen die Antworten, dass die Bevölkerung erkennt, dass jeder Abschluss seine Berechtigung hat und auf Augenhöhe gesehen werden sollte: 90 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Handwerk ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft ist. Außerdem denken 86 Prozent, dass auch in Handwerksberufen eine gute Karriere möglich ist und gut die Hälfte meint, dass heutzutage zu viele Schüler Abitur machen.

Nur ein Schulwesen, das alle Schularten als gleichwertig anerkennt, dabei aber die Differenzierung und individuelle Förderung nach Talenten nicht außer Acht lässt und so die Anliegen und Bedürfnisse der Eltern und Schüler ernst nimmt, kann eine zukunftsorientierte Ausbildung gewährleisten.

PM des VDR Bund vom 3. April 2019

Deutscher Lehrerverband kritisiert Bundeskanzlerin Merkel Schulpflicht darf nicht zur Disposition gestellt werden

Auf Unverständnis beim Deutschen Lehrerverband ist die gestrige Äußerung der Bundeskanzlerin anlässlich einer Veranstaltung zu „70 Jahre Grundgesetz“ in Wuppertal gestoßen. Merkel hatte dort bezüglich der Fridays-for-Future-Vormittagsdemonstrationen wörtlich gesagt: „Die Schulpflicht ist eins, aber es gibt auch noch andere Erwägungsgründe!“

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, nannte es sehr befremd¬lich, dass die zweithöchste Repräsentantin des Staates die Schulpflicht gegenüber subjek¬tiven „Erwägungsgründen“ von Eltern und Schülern relativiere – und dies ausgerechnet auf einer Veranstaltung zur Feier des Grundgesetzes, dessen Artikel 7.1 die verfassungs¬rechtliche Grundlage für die Schulpflichtregelungen in den Schulgesetzen der Bundesländer bildet.

Der Verbandschef wies erneut darauf hin, dass er das verstärkte politische Engagement von Jugendlichen für ihre Zukunft ausdrücklich begrüße. Allerdings betonte er: „Wer öffentlich erklärt, dass es Erwägungsgründe gebe, die höher als die Schulpflicht stehen, öffnet der subjektiven Relativierung staatlicher Gesetze und Verordnungen bis hin zur Verfassung Tür und Tor. Ist vielleicht demnächst auch der günstigere Flugpreis bei Urlaubsantritt vor Ferienbeginn ein „anderer Erwägungsgrund“?“

Meidinger erneuerte seinen Vorwurf, dass bei einigen Politikern, die sich jetzt begeistert und positiv zu der Fridays-for-Future-Bewegung äußerten, viel Populismus und Heuchelei im Spiel sei. „Letzte Woche hat die Bundeskanzlerin beim EU-Sondergipfel in Sibiu den Vorstoß von Macron für mehr Klimaschutz abgelehnt, heute ermuntert sie Schüler, die dafür nicht zur Schule gehen! Für mich ist das Heuchelei!“

PM des DL vom 14. Mai 2019

VRB-Saarland fordert Gleichbehandlung aller Grund- und Gemeinschaftsschulen – Klassenteiler senken

Der Verband Reale Bildung im Saarland fordert schon seit der Umsetzung der Inklusion die Verkleinerung der Klassengrößen. Deshalb stimmt der VRB den beiden anderen Lehrerverbänden GEW und SLLV zu, dass der Klassenteiler an allen Grund- und Gemeinschaftsschulen bei 23 Schülern gleich sein sollte, präzisiert diese Forderung für sich aber.

So müssen nach Ansicht des VRB Inklusionsschüler doppelt zählen. Dies sorgt insbesondere an Standorten mit einer hohen Inklusionsdichte für Entlastung. Eine pauschalisierte Teilung bei 23 würde weitere Ungleichheiten zwischen den Schulstandorten schaffen. Erschwerend hinzu kommt, dass der Klassenteiler in der Regel um 10% überschritten werden darf. Bei einem Teiler von 23 Schülern kann dies bedeuten, dass bis zu 26 Schüler in der Realität in der Klasse sitzen. Dies wäre an Standorten, an denen bis zur Hälfte aller Schüler einen sonderpädagogischen Förderungsbedarf aufweisen, eine Garantie zur weiteren Eskalation sowie mangelndem Lehr- und Lernerfolg.

Bei der vom Ministerium beabsichtigten Verknüpfung des Teilers bei 23 Schülern nur an Gemeinschaftsschulen mit gebundenem Ganztag handelt es sich nach Auffassung des VRB Saar um eine politisch gewollte und gezielte Abwertung der Gemeinschaftsschulen mit freiwilligen Ganztagsangeboten. Für die VRB-Vorsitzende Karen Claassen steht fest: „Hier handelt es sich um eine ideologische Entscheidung des Ministeriums. Während früher von SPD-Ministern die Gesamtschulen bevorzugt wurden, werden es heute die Schulen im gebundenen Ganztag. Die Lage an den saarländischen Schulen ist aber zu dramatisch, um politischen Bildungsideologien zu frönen.“ Claassen vermutet, dass durch die Bevorzugung der gebundenen Ganztagsschulen der Druck auf die einzelnen Schulen erhöht werden soll, sich auch für den gebundenen Ganztag zu entscheiden.

Für den VRB steht fest: Alle saarländischen Schulen bedürfen unabhängig von ihrer Organisationsform kleinerer Klassen, der Einrichtung multiprofessioneller Teams sowie bedarfsgerechter Doppelpersonalisierung. Das Ministerium für Bildung hat im August die nächste Möglichkeit beim offiziellen Einstellungstermin der neuen Kolleginnen und Kollegen diese Bedürfnisse umzusetzen bzw. damit zu beginnen.

PM des VRB Saar vom 18. Mai 2019

IMPRESSUM

WEITBLICK – Das Magazin des Verbandes der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen

Ausgabe 01/2019
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Herausgeber
VRB Saar
Verband Reale Bildung
Landesverband Saarland e.V.

Landesvorsitzende
Karen Claassen
Eichenhübel 16
66892 Bruchmühlbach

Redaktion
Christian Wollscheidt *(Chefredakteur)*
christianwollscheidt@web.de

Druck und Anzeigenverwaltung
AWO Saarland
– Projekt Faltblatt –
Gutenbergstr. 3
66280 Sulzbach
Fon: 06897/55244
mail@faltblatt.net
ISSN 2195-7622

Zuschriften
Die Einsender von Manuskripten, Briefen o. ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung durch den VRB einverstanden.
Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Bilder kann keine Verpflichtung seitens des VRB übernommen werden.

Für die mit Namen oder Kürzel gekennzeichneten Beiträge trägt allein der Autor die Verantwortung. Sie geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Nachdruck, auch auszugsweise, gerne, aber nur mit Genehmigung.

MITGLIEDSANTRAG

Werden Sie jetzt Mitglied des VRB Landesverband Saarland e.V.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VRB LandesverbandSaar e.V.

Rosina Decker
Arndtstr. 1
66121 Saarbrücken

Name, Vorname

Straße

PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Geburtsdatum | Schule

Dienstbezeichnung | Stundenzahl

☐ beamtet ☐ angestellt ☐ Referendar bis (voraussichtlich)

Änderungen teile ich dem VRB mit.

Ort, Datum | Unterschrift

Einzugsermächtigung

Gleichzeitig ermächtige ich den VRB Landesverband Saarland e.V., bis auf Widerruf die von mir zu entrichtenden Beiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bankverbindung VRB:
IBAN: DE77 5935 0110 0077 0011 21
BIC: KRSADE55XXX

Jahresbeiträge

Lehramtsanwärter/ Referendare:	**beitragsfrei**
Mehr als 16 Stunden:	**110 Euro**
Weniger als 16 Stunden und päd. Fachkräfte:	**70 Euro**
Pensionäre:	**65 Euro**
Studenten:	**10 Euro**

Geldinstitut | Ort

IBAN | BIC

Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweisen, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Diese Ermächtigung ist jederzeit schriftlich widerrufbar.

Ort, Datum | Unterschrift

Name, Vorname

Straße

PLZ | Ort

Mit dem Beitritt zum VRB werden Sie ohne weitere Kosten Mitglied im Deutschen Lehrerverband (DL) und im Deutschen Beamtenbund (dbb). Außerdem bieten wir Rechtsschutz in Verbindung mit dem dbb.

Über Geld sprechen ist einfach.

Weil die Sparkasse nah ist und auf Geldfragen die richtigen Antworten hat.

sparkasse.de

Finanzgruppe

Sparkassen SaarLB LBS
SAARLAND Versicherungen